

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Paul Baber, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Franke, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Zootofstraße 49, Fernsprecher 1867. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8. Fernsprecher 981.

Preisnummern: jährlicher Abonnementspreis: Vierteljahr (inkl. Postgebühr) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Abonnementpreis in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljahr 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2 Mk. 25 Pf. Postgebühr. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Anzeigergebühren die sechsstelligen Zeitungs- 15 Pf. — Postgebühren Seite 270.

Nr. 34.

Magdeburg, Donnerstag den 9. Februar 1905.

16. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

## Die Sozialdemokratie in Russisch-Polen.

Die Ruhe, von der die russischen amtlichen Depeschen schon Mitte der vorigen Woche sprachen, will sich noch immer nicht einstellen. Ja, man darf sagen, daß sich trotz der ungeheuren Truppenansammlung in Warschau, die allerdings in der Hauptstadt selbst auf die Bewegung einen fürchtbaren Druck auszuüben vermag, die Zeichen der allgemeinen Erregung im Weichselgebiet, wie Kongresspolen im amtlichen Russisch genannt wird, für die Regierung bedenklich mehreren Meldungen von unbeteiligten, durchaus nicht polenfreundlicher Seite bestätigen uns, was bereits vor einigen Tagen gemeldet wurde, daß besonders in der Umgebung von Warschau nun auch die Landbevölkerung von dem revolutionären Geist ergriffen wird. Die Gemeinden weisen die russischen amtlichen Verfügungen zurück, die Bauern weigern sich, russisch verfaßte Urkunden zu unterzeichnen. Die Empörung wendet sich gegen die nationale Unterdrückung; das kann in Kongresspolen nicht anders sein, jedes physisch und geistig tüchtige Volk wird sich gegen eine Knechtung seiner Art, Sitte und Sprache, wie sie der russische Despotismus in den westlichen Provinzen ausübt, mit unauslöschlichem Haß kehren. Aber wenn die Bewegung in dem Sinne national ist, daß eine gesunde empfindende Nation die politische Freiheit auf ihrer Selbstständigkeit, ihrem Selbstbestimmungsrecht aufbauen will, so ist sie doch weit entfernt, chauvinistischen Antrieben zu folgen. Die Arbeiter, die den russischen Doppelaar von den Geschäftschilfern herunterreißen; die Studenten, die polnische Vorlesungen an der Universität fordern; die Bauern, die verlangen, daß die Behörden mit ihnen polnisch verkehren, träumen nicht von der erlauchten Republik der Bojarden und Schlachzigen, die aufgebaut war auf die politische Knechtung des eignen und auf die nationale zahlreicher abhängiger Völker. Sie stehen im engsten Bunde mit dem russischen Proletariat, dessen Erhebung in Petersburg das Feuerzeichen auch der polnischen Revolution war, in völliger Kampfbrüderlichkeit mit den jüdischen Arbeitern des Bundes und mit der litauischen Organisation.

Doch gibt der Kampf gegen die russische Unterdrückung der revolutionären Bewegung bloß die Form, ihr Ursprung ist ebenso rein proletarisch, als der Geist, der sie lenkt, echt sozialdemokratisch ist. Man wüßte nicht leicht ein Beispiel anzuführen, daß sich unter so schwierigen Verhältnissen, inneren und äußeren Gefahren, die Kraft sozialdemokratischer Organisation und Schulung der Massen glänzender bewährt hätten. Wir sprechen gar nicht davon — so konstatiert auf Grund beständiger enger Fühlung die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ — wie hier auf ein Signal der Zustand eröffnet und wie er energisch nach den kleinen Orten hin verbreitet wurde, obwohl dies schon eine organisatorische Erziehung voraussetzt, der ein um so größerer Preis zukommt, als alle agitatorische Arbeit auf „illegalen“ Wegen, durch verbotene, heimlich verbreitete Druckschriften und in verborgenen Konventikeln geschehen mußte. Aber es setzten noch schwerere Proben. Der polnische Massenstreik mußte zu Gewaltmitteln greifen; gegenüber der Strupplosigkeit der russischen Polizei gibt es für den einzelnen Demonstranten keine Sicherheit, als die ihm die Waffe in der Hand gewährt, für die Masse selbst keine Vorkehrung gegen willkürlich inszenierte Meutereien als die Furcht der Polizisten und Soldaten vor bewaffnetem Widerstand und blutiger Rache. Auch schwebt unter den völlig rechtlosen Zuständen jeder in der Gefahr, um des harmlosesten Vorkommnisses willen die härtesten Strafen zu erleiden, so daß wohl dem männlichen Sinn des Proletariats der Gedanke einleuchten mußte: laufe ich Gefahr, dann soll es die ehrenvolle des Kampfes, nicht die traurige des Schlachtopfers sein. Es fügte sich also aus zwingenden Gründen, daß die Sozialdemokraten Polens ihren politischen Generalstreik mit einer bewaffneten Empörung verbanden. Allein eine solche unterliegt dem Bedenken, daß sie in nutzlose, die indifferenten Schichten abschreckende Gewalttaten auslaufen und daß durch das Aufströmen des lumpenproletarischen Gefindels die redliche Abwehr des revolutionären Soldaten in Sengen und Morben marodierender Banden ausarten kann. Nirgends leichter als in Kongresspolen, wo die gewählte Schläuheit und vor nichts zurückbeugende Infamie der Polizei Minderungen und Mordbrennerei selbst organisierte, um den Vorwand zu Brutalitäten zu gewinnen und die Ungunst des Bürgertums gegen die Revolution zu kehren; zum Teil aber auch, weil sich im allgemeinen Rauben und Stehlen die Polizisten und Sol-

daten gleichfalls bequem ihre Beute holen können, wie sie's denn auch nach dem übereinstimmenden Zeugnis gut bürgerlicher Blätter vom ersten Tage an bis zu diesem getan haben und weiter tun.

In diesem wüßten Treiben die Führung und Geschlossenheit nicht verlieren, die notwendige gewaltsame Abwehr von der sinnlosen rohen Gewalttätigkeit, die Vorkehrungen und Requisitionen zur Waffnung der Menge von den räuberischen Einfällen in Geschäftsläden, die scharfzielenden Maßnahmen zur Zerstörung des Staatsguts von den schweifenden Raubzügen und Einfällen in privates Eigentum streng gesondert halten: das war eine Leistung straffer Organisation, die der höchsten Bewunderung wert ist. Es war notwendig, und so gab sich das Volk der Streifenden einen regierenden und richtenden Willen, schaffte selbst Ordnung in den Gassen und knüpfte ergriffene Plünderer nach kurzem Prozeß auf. Ein Notwehrrecht, in dem sich die Redlichkeit dieser Revolution der ärmsten, der hungernden Proletarier ebenso befandete wie ihre klare Ueberlegung, daß es nötig und nützlich sei, den Gegensatz zwischen den eignen, von den höchsten Idealen geleiteten Bestrebungen und dem biehischen Gebahren eines gedungenen Janhagels in einem Zeichen von fürchtbarer Deutlichkeit auszusprechen.

Hier hat eine sozialdemokratische Organisation in der Tat in Feuer ergerzt und der glänzenden Haltung ist der gewaltige Erfolg nicht ausgeblieben. Wer will's bemessen, was das bedeuten mag, daß das Landvolk, wo immer es sich der Bewegung anschließt — nach ausdrücklichem Zeugnis bürgerlicher Zeitungen — nach der roten Fahne greift! Die Sozialdemokratie ist durch ihre Leistungen in diesen Tagen, für alle Volksschichten Kongress-Polens zur legitimen Vertreterin, zur einzigen ernsthaften Organisation geworden — der wirtschaftlichen, politischen und nationalen. Mit berechtigtem Stolz dürfen wir dieses Schauspiel betrachten, aber auch reiche Belehrung und gute Zubericht aus den erlebten Vorgängen schöpfen. Ueber all das hinaus, was die Lehre vorzusehen vermag, hat hier die Praxis bewiesen, daß der Sozialdemokratie die höchste Tugend einer Kampfpartei eignet: eine unbegrenzte Anpassungsfähigkeit, das heißt die Art, sich nach den Verhältnissen zu ändern und darum allen Anforderungen einer großen Zeit gewachsen zu sein.

Die polnische Sozialdemokratie hat, indem sie den beweglichsten und lebenskräftigsten Teil der Volksmassen in den Strom der Bewegung treibt, ein Bett gegraben, dem im natürlichen Gefälle alle Bäche und Rinnsale der Volkskraft zufließen, in dem sich schließlich in den Tagen des großen Werdens alles sammelt, was an ökonomischen Bestrebungen, kulturellen Idealen, nationalen Freiheitsforderungen in der Seele eines Volkes aufauflut. —

## Neue Opfer.

In Radom ist es am Dienstag zu schweren Zusammenstößen zwischen den streikenden Arbeitern und dem Militär gekommen. 20 Arbeiter wurden getötet und verwundet; auch unter den Soldaten gab es Tote und Verwundete. In Skargiska gab es auf beiden Seiten insgesamt 24 Tote und 40 Verwundete. In Kutno kam es zu schweren Zusammenstößen. Die Zahl der Opfer ist nicht bekannt.

In Warschau breitet sich der Generalstreik noch weiter aus. Die Erzeße der uniformierten Banditen sind unbeschreiblich. Die Soldaten berauben und töten unschuldige Leute in allen Straßen. Dem Schriftsteller Witold Lewicki wurde mit dem Säbel das Ohr abgehauen, der Notar Rogorinski wurde von Soldaten überfallen, beraubt und schwer verwundet usw. Das alles geschieht bei hellem Tage! Die Zahl der am 27., 28., 29. und 30. Januar Getöteten beläuft sich auf 1000, die der Verwundeten auf mindestens 5000. Die Leichen wurden zu Hunderten während der Nacht begraben. Es ist ferner erwiesen, daß die Polizei die Plünderung der Läden organisiert hat. Aus dem Gefängnis Pawiat wurden mehr als 300 Diebe und Mörder freigemacht. Nur dank der energischen Haltung der Streifenden wurde die ganze Stadt nicht geplündert.

Rehliche Zustände herrschen in Kalisch, Lodz, Genskochau, Sosnowice und an allen anderen polnischen Industrieorten. Für den Mittwoch, den Jahrestag der Kriegserklärung Japans, werden scharfe Zusammenstöße mit der Soldateska erwartet, da die Arbeiter des ganzen großen Meiers an diesem Tage große Versammlungen abhalten wollen, die die Zarenshergen nicht dulden wollen. Der Kommandant der in Sosnowice zu-

fammengezogenen Truppen hat erklärt: „Jetzt hat das Militär das Wort! In drei Tagen werde ich die Ruhe wieder hergestellt haben!“ Der Barbar läuscht sich. Nicht einmal mehr die Ruhe des Friedhofs kann er in Polen wieder herstellen.

## Das Attentat in Helsingfors.

Ueber das gestern gemeldete, an dem Senatsprocurator Johansson verübte Attentat wird vom offiziellen Telegraphenbureau noch gemeldet:

Nach den auf Johansson abgefeuerten Schüssen vermochte dieser noch den Saal zu verlassen, brach dann aber zu den Füßen seiner Gattin und Tochter zusammen und verschied nach zehn Minuten, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Mörder, dessen Wunden ungefährlich sind, wird in dem russischen Militärhospital behandelt. Die Untersuchung hat festgestellt, daß er ein ehemaliger Student der Alexander-Universität namens Karl Venard Hohenhal war und daß er sich in letzter Zeit in Stockholm aufgehalten hat. In Finnland ist er am 13. Januar eingetroffen. Er beobachtet hartnäckiges Schweigen.

Es bleibt die Frage, ob die Zarenshergen es wagen werden, den Rächer seiner Heimtat dem Tode zu überliefern. Gaben sie doch die Augen, die an Plehwe das Richteramt vollzogen, nur zu Freiheitsstrafen zu verurteilen sich erkühnen.

## Der Trost in Heiligenbildern.

Zum Nachfolger des gestürzten liberalisierenden Swiatopolk-Mirski ist ein Bandit namens Buligin ernannt worden. Der Bursche hat in Moskau, wo er unter dem Großfürsten Sergius als willfähiges Raubtier wütete, die Probe dafür abgelegt, daß er den Plehwe noch übertrumpfen wird. Nun hat er von Moskau Abjchied genommen. Wie, schildert ein offizielles Telegramm:

Der Adel von Moskau, der Gouverneur und andre Persönlichkeiten begaben sich heute zu dem neuernannten Minister des Innern Buligin, um ihm zu seiner Ernennung Glückwünsche zu überbringen. Für die Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu danken die er erst Jahre hindurch als Gehilfe des Generalgouverneurs von Moskau bewiesen habe. Gleichzeitig wurden dem Minister Heiligenbilder überreicht. Der Minister erwiderte, er sei ein Verehrer der Gerechtigkeit gewesen und wolle dies auch bleiben. „Ich weiß“, erklärte der Minister, welche schwere Verantwortlichkeit mein neues Amt mit sich bringt, aber ich werde Trost finden in den Heiligenbildern, da ich weiß, daß Moskau mir ist.“

Mit der Grausamkeit und der Heuchelei pflegt sich für gewöhnlich die potenzierte Frömmigkeit zu verbinden. Nur ist zu beforgen, daß die abgegriffenen Heiligenbilder den Buligin soebenig schätzen werden, wie sie dem Kuropatkin zu Erfolgen verholfen haben.

## Der Widerstand der Intellektuellen.

Der Petersburger Diktator Trepow erklärte am 5. Februar den Hochschullektoren, die Vorlesungen müßten am 28. Februar aufgenommen werden; wenn die Mehrheit der Studenten sich dieser Verordnung füge, würde nur die Minderheit ausgeschlossen werden, sollte aber die Mehrheit beschließen, den Vorlesungen fernzubleiben, so würden alle Studierenden ausgeschlossen und vielleicht auch die Professoren aus dem Dienst entlassen werden. Die Rektoren des Polytechnikums und des Elektrotechnikums erklärten sich darauf ein mit den Studenten und verlangten die Abstellung der administrativen Willkür.

Der Petersburger Adel nahm eine Adresse an, welche den Wunsch nach Beteiligung gewählter Vertreter an der Beratung über Gesetz und Regierungsmaßnahmen ausdrückt.

## Im Kaukasus.

Aus Tiflis kommt folgendes offizielles Telegramm. Die Unruhen in den letzten Tagen haben nicht aufgehört. Von den Agitatoren, die am Freitag abend Proklamationen verteilten, sind einige verhaftet worden. Der Sonnabend verlief ruhig. Sonntag früh kränkten die Arbeiter nach dem Zentrum der Stadt; um Mittag entfaltete die Menge, etwa 300 Mann, eine rote Fahne, verteilte Proklamationen und schloß mit Revolvern auf die Schutzleute, die die Fahne fortnehmen wollten. Drei Schutzleute wurden verwundet, zwei von ihnen schwer. Die Polizei zerstreute die Ruhestörer, von denen 30 verhaftet wurden. Ein anderer Teil wurde von der Polizei und Kosaken verfolgt und zerstreut, wobei noch ein Polizist verwundet worden ist. Die Zahl der zu Schaden gekommenen ist unbekannt. Im Hospital wurden zehn Arbeiter aufgenommen, von denen einer schwer durch einen Schuß, die andern leicht verletzt sind. Von Zeitungen erscheint nur der „Kawkas“. Die Druckerei der Zeitung „Tifliski Listok“ wurde zerstört.

Auf den transkaukasischen Eisenbahnen breitet sich der Unruhen weiter aus. Sonnabend legten die Weichensteller und Stationswärter auf sechs Stationen dieser Bahn die Arbeit nieder, ebenso die Hasen- und Mangangerarbeiter in Poti. Am 5. Februar hatten alle Maschinisten die Rangiermaschinen ungeheißer teils auf den Schienen, teils noch in den Depots liegend verlassen. Sonnabend wurde ein Militärzug, der nach Batumi gehen sollte von den Ruhestörern durch Aufreißen von Schienen zum Entgleiten gebracht.

Wie sagt doch die zarische Regierung? „In ganz Rußland herrscht die vollste Ruhe.“ —

# Politische Uebersicht.

Magdeburg, 8. Februar 1905.

## Die Partei des Arbeiterrats.

Wie kaum anders zu erwarten war, lauerete das Zentrum in nur auf den günstigen Moment, um aus Parteiinteresse die Arbeiter zu schädigen und gegen die Sozialdemokratie zu hegen. Neu ist der Trick ja nicht, aber er wird immer wieder angewandt. Wirkliche Arbeiterpolitik kann und will das Zentrum nicht betreiben. Da aber die Sozialdemokratie praktisch und energisch die Interessen der Arbeiter vertritt, besteht die Gefahr eines großen Stimmenverlustes; deshalb muß die Sozialdemokratie verleumdet werden. Das Zentrum gaukelt der Arbeiterschaft mit einer in jahrhundertelanger Übung gewonnenen Rabulistik Arbeiterfreundlichkeit vor und betreibt sie in jedem Fall. Ein und wieder, wenn es durchaus anders nicht gehen wollte, ließ man ein Bröckchen abfallen und heuchelte: mehr war nicht zu erreichen! Es ist leicht ersichtlich, wie un bequem dem Zentrum die Tätigkeit der Sozialdemokratie ist.

Der jetzige Kampf im Ruhrrevier gibt wieder eine günstige Gelegenheit, die alte Praxis aufzunehmen. Allerdings, mit Verleumdung allein ist es nicht getan; un verleumden zu können, müssen die Arbeiter zunächst verraten werden, erst muß man die stehend vordringenden Arbeiter aufhalten im Siegeslauf, sie niederschlagen, und wenn sie vernichtet am Boden liegen, sieht man den Opfern pfäffischer Politik zu: die Sozialdemokratie ist schuld daran.

Schon vor Ausbruch des Kampfes setzte das Verräterspiel ein. Als vor Beginn des Streiks ein bekannter Sozialdemokrat in einer Besprechungsversammlung im Vorübergehen einige Worte gesprochen hatte, hieß es in der ultramontanen Presse genau so wie in der Zuchthaus-Propaganda des Bergbauischen Vereins und der scharfmacherischen „Mehln.-Westf. Btg.“: nun sei erwiesen, daß die ganze Bewegung sozialdemokratische Mache sei. In unzähligen Zeitartikeln wurde der Faden weitergesponnen. Den Ton für das scharfmacherische Geheul hat das Zentrum angegeben. Der Wind schlug plötzlich um, als der Vorsitzende des christlichen Gewerkschafts den Generalstreik proklamiert hatte. Allerdings nicht ganz bedingungslos machte man mit, Bedingung war, daß wenigstens einer Partei die Hände gebunden würden — der Sozialdemokratie! Viele Opfer wurden unterdessen gebracht, um die Einigkeit nicht zu stören, aber in Masse durchzogen ultramontane Agitatoren das Streikgebiet, um den Zustand für das Zentrum parteipolitisch auszunutzen. In Zeitartikeln reklamierte die Zentrumspresse für die ultramontane Partei die Vaterpflicht aller arbeitervreundlichen Gesetze, keine Partei habe außer dem Zentrum etwas für die Arbeiter und speziell für den Bergmann getan, so behauptete man frech und — fromm. Ja noch mehr! Wider besseres Wissen behauptete man, die Sozialdemokratie wünsche gar keine Vorteile für die Arbeiter, sie stelle nur wider Willen und vom Schein Arbeiterwohlwärtigkeit. Auch jetzt wieder sei die Sozialdemokratie dem Zentrum nachgehumpelt. So nutzte das Zentrum den Streik parteipolitisch aus.

Jedoch mit dem Selbstlob begnügt man sich nicht, den größten Vorteil erwartet man von der Verleumdung der Sozialdemokratie. Die christlichen Arbeiter werden arugehetzt, ebenso das Bürgertum, mit Graulichmachung vor der Sozialdemokratie. Man hat wieder herausbekommen, daß dem Streik eine sozialdemokratische Verzögerung zu Grunde liegt. Wenn man jetzt die Zentrumspresse im Ruhrrevier liest, gerinnt man den Eindruck: diese Presse ist die Spezialbeauftragte des Bergbauischen Vereins im Kampf gegen die Arbeiter!

Der Plan ist klar! Bringt man es fertig, die Arbeiter auseinander zu treiben, das Bürgertum gegen die Streikenden aufzufressen zu machen, hat man den Streikenden eine Schlappe beigebracht, dann heuchelt man: die Sozialdemokratie hat das getan, mit Absicht, damit die Arbeiter unzufrieden bleiben!

Es gehört die ganze Routinefertigkeit einer auf politisches Gaukelspiel gebrillten Partei dazu, um eine solche Unsumme von Heuchelei, Niedertracht und Arbeiterfeindschaft zu produzieren, wie das Zentrum jetzt bei diesem Streik. Geradezu nichtsnutzig ist die Verdröpfung auf die gesetzgeberische Aktion. Nach dem 1889er Streik hämste man die Arbeiter gerade so. Das Zentrum nahm den Mund voll und iprezte sich als Vertreter der Arbeiterinteressen. Und es kam eine Reform — die das Streikrecht der Arbeiter erschütterte! Der Kontraktbruch-Paragraf wurde geboren, jener Paragraf, welcher bestimmt war, Streiks unmöglich zu machen.

Das war und ist die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums in der Praxis!

## Der Ruhrstreik in der Ferne.

Die Särung in den Bergarbeiterstreifen Ober-Schlesiens ist in allgemeiner Zunahme begriffen. Man beschränkt, so wird bürgerlichen Blättern telegraphiert, den Generalstreik der Kohlearbeiter schon in den nächsten Tagen. In den Gottesberger Schächten ist schon niemand angefahren. Auf andern Gruben herrscht vorläufig partieller Streik.

Die Bewegung greift auch nach Böhmen über. Aus Prag wird gemeldet: Die Falkenauer Werke lehnten die Forderungen der Bergarbeiter ab, die in den nächsten Verhandlungen weitere Schritte beschließen wollen. Mittwoch begaben sich Arbeiterdeputationen zum Revierbergamt, um die Durchführung der Ministerial-Berordnung vom 4. Juli 1904 zu fordern. Sollte die Forderung abgelehnt werden, so ist auch dort der Ausbruch des Streiks wahrscheinlich.

## Neben statt Laten.

Je mehr sich bürgerliche Parteien genötigt sehen, mit Rücksicht auf die sie bedrohende Entwicklung der Sozialdemo-

kratie die Arbeiterfreundlichkeit ihrer „arbeitervreundlichen“ Bestimmung darzutun, desto reiner schält sich aus allen umgebenden Wäldern das eigentliche Kernproblem der gegenwärtigen deutschen Politik heraus.

Die Antwort, die der Staatssekretär des Innern, Graf von Hofadomsky, dem Zentrum auf seine Interpellation betreffend die Einführung des gesetzlichen Normalarbeitstages von zehn Stunden gegeben hat, läßt trotz aller Verbindlichkeit der Form nicht eine Spur von Zweifel darüber übrig, daß der höchst bescheidene Wunsch der Zentrumspartei für absehbare Zeit auf eine Genehmigung durch die verbündeten Regierungen nicht zu rechnen hat. Es geht also mit der Zehnstunden-Interpellation glücklich wieder genau so, wie es mit der Resolution über zum Bergarbeiterstreik und unzähligen anderen Wünschen und Beschlüssen des Reichstags gegangen ist. Die gewählte Vertretung des deutschen Volkes räsoniert, resolutioniert, petitioniert, protestiert, interpelliert, die Vertreter der deutschen Bundesstaaten aber, unter denen die preussische Regierung einen nahezu diktatorischen Einfluß ausübt, klümmen sich um die Absichten des Reichstags ungefähr soviel wie Herr Trepow in Petersburg um die Wünsche der an ihn gesandten Deputationen.

Der selbe Reichstag aber, der zwar auf dem Papier als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung gilt, durch die Praxis aber von jeder positiven Mitarbeit an der Gesetzgebung ausgeschlossen ist, nimmt keinen Anstand, in patriotischer Dienstfertigkeit den verbündeten Regierungen alles zu apportionieren was höheren Ortes als Staatsnotwendigkeit bezeichnet wird. Als da sind: Soldaten, Gewehre, Kanonen, Exerzierplätze, Kasernen, Panzerschiffe, Torpedos usw. Nun ist es klar, daß eine Volksvertretung, die der Regierung bedingungslos alles das zugesteht, was sie zum Leben braucht, keine Aussicht hat, von der Regierung zu erhalten, was sie zum Leben benötigt. Es bildet sich also ein Zustand heraus, der das Ansehen und die Würde des Parlaments aus äußeren und inneren Anlässen schwer beeinträchtigt: aus äußeren, weil seine Ohnmacht täglich offener wird, aus inneren, weil durch das jetzt beliebte System das Verantwortungsgefühl der einzelnen Parteien überflüssig gemacht, unfruchtbarer Nyrasendruck und heuchlerische Demagogie geradezu künstlich gezüchtet werden.

Wenn wir überhaupt wollten, die bürgerlichen Parteien des Reichstags hätten für die sozialdemokratische Resolution zum Bergarbeiterstreik nur deshalb gestimmt, weil sie gewußt hätten, diese Resolution würde vom Reichskanzler nicht beachtet werden, wenn wir weiter behaupten wollten, das Zentrum betreibe die Einführung des Zehnstundentags nur deshalb, weil es ohnehin wisse, aus der Sache werde nichts — wie würde man da über sozialdemokratische Verleumdung zeteren! Aber wie es mit den unterirdischen Motiven der bürgerlichen Parteien in den einzelnen Fällen auch bestellt sein möge, das ist für jeden denkenden Beurteiler klar, daß die gegenwärtigen Umstände zu solchen unsauberen Manövern sehr geeignet sind. Die gesetzgeberische Initiative des Reichstags verwandelt sich auf solche Weise zu nichts andern als zu einer Vorbereitung für die Wahl-agitation, einer Vorbereitung, die völlig kosten- und gefahrlos betrieben werden kann. Wenn der bürgerliche Abgeordnete A. auf der einen Seite weiß, daß er, indem er für ein bestimmtes Gesetz eintritt, sich ein gutes Blatt bei den Wählern einlegen kann, und wenn er auf der andern Seite weiß, daß die bundesrätliche Vorsehung doch dafür sorgen wird, daß seine Abstimmung kraftlos und das Interesse der bestehenden Klassen gechont bleiben wird, warum soll er dann nicht für jeden „arbeitervreundlichen“ Antrag stimmen?

Die Sozialdemokratie ist, obgleich, oder besser gesagt, weil sie eine revolutionäre Partei ist, eine entschiedene Anhängerin des weitestgehenden gesetzlichen Arbeiterschutzes. Als eine Partei, die noch nicht viel mehr als ein Fünftel der Reichstagsstimme innehat, kann sie für die Emanzipation der deutschen Sozialpolitik nicht verantwortlich gemacht werden. Wohl aber trifft die volle Verantwortung an diesem trostlosen Zustande die bürgerlichen Parteien und insbesondere das Zentrum.

Das Zentrum mag als „christliche“ Partei die ständige Verbesserung der deutschen Nothdringung für eine unbedingte „Staatsnotwendigkeit“ halten. Es ist aber eine asiatisch-absolutistische Auffassung, daß man jeder Regierung diese Staatsnotwendigkeiten bewilligen müsse. Gerade darin besteht ja das Wesen des Konstitutionalismus, daß die Parlamentsmehrheit gerade diejenigen Dinge, die nach herrschender Auffassung die allernotwendigsten sind, nur einer solchen Regierung bewilligt, die ihr Vertrauen genießt.

Wenn aber die verschiedenlichen reformerischen Anläufe, die die Reichstagsmehrheit in der letzten Zeit gemacht hat, mehr sind als hohle Demagogie und leere Spiegelschere, dann werden die bürgerlichen Parteien zeigen müssen, daß ihre Reformfreundlichkeit weiter als bis zu rein akademischen wirkungslosen Beschlüssen, nämlich bis zu gesetzgeberischen Laten reicht. Wenn das Zentrum den gesetzlichen Zehnstundentag wirklich will, so hat es die Mittel in der Hand, ihn binnen wenigen Monaten zum Gesetz werden zu lassen. Allerdings gehört dazu etwas mehr als bloßer Redeeifer: nämlich ein wenig Courage und Kampfstift.

Schon die bürgerlichen Parteien aber diesen Weg nicht, so werden sie trotz aller schönen Reden bei den nächsten Wahlen die Folgen davon zu tragen haben. Wir glauben, es wird nicht schwer sein, die Wähler davon zu überzeugen, daß ihnen mit Vertretern nicht gedient ist, die zwar tausend und eine Forderung aufstellen, aber keine einzige durchzuführen willens oder imstande sind.

## Der Junterkanal angenommen.

In Abgesandtenhause wurde am Dienstag die Kanalvorlage in zweiter Lesung angenommen. Am Mittwoch soll schon die dritte Lesung stattfinden. Der grundlegende Paragraph 1, der die einzelnen Kanalabschnitte enthält, wurde in namentlicher Abstimmung mit der überwiegend großen Majorität von 256 gegen 132 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Die Debatte boten nicht viel Bemerkenswertes, eigentlich wird demnach abgelehnt, denn auch die übrigen Bestimmungen der Vorlage sowie die Resolutionen der Kommission mit ihren Forderungen auf weitere Flusskanalisierungen mit ihren Kompensationswünschen wurden angenommen. Herr Wöhlting und seine Freunde hatten die Freude, auch ihre Resolution auf Bau des masurenschen Kanals angenommen zu sehen. Freilich war die Mehrheit sehr knapp.

Erwähnenswert aus der Diskussion ist die Verteilung des Dr. Hahn durch den konservativen Abg. v. Oldenburg, der dem Minister v. Rheinbaben Vorwürfe machte, daß er Herrn Hahn gegenüber den guten Ton verlegt und auf Kosten des Herrn Hahn Gellert bei der Linken gewirkt habe.

Interessant war auch am Schluß eine Debatte über einen Ramsch-Antrag des Zentrums, in dem allerlei kostspielige Kompensationen für die vom Kanal nicht direkt begünstigten Landesteile, vor allem aber Viehesgaben für die Landwirtschaft verlangt wurden. Die Debatte ergab die Unzulässigkeit des Antrags wegen entgegenstehender Bestimmungen der Geschäftsordnung. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen.

## Deutschland.

\* Berlin, 8. Februar. Nach längerer Pause kommt aus Südwestafrika wieder eine lange Verlustliste:

Gefallen sind bei einem Ueberfall durch Hottentotten bei Urtukubis am 27. Januar Gefreiter Friedrich Stelmeyer, Reiter Detold Bromme, Reiter Wilhelm Schmidt.

Verwundet in den Gefechten bei Groß-Nabas vom 2. bis 4. Januar sind: Reiter Adolf Senke, leicht, Reiter Joseph Fiebig, leicht. Im Gefecht bei Garuchas am 3. Januar: Reiter Hugo Kuhne, leicht. In einem Gefecht 60 Km. nördlich Soananas (Datum noch nicht bekannt): Reiter Karl Hertel, leicht, Reiter Paul Grütner, schwer, Schuß in den Hals.

In Krankheiten gestorben im Lazarett Oshhaena: Reiter August Eisner am 27. Januar (Todeszeitpunkt nicht bekannt), im Lazarett Windhof: Hauptmeister-Aspirant Vincent Kolobziej am 4. Februar am Typhus; im Lazarett Karibib: Reiter Friedrich Tüll am 4. Februar an Herzschwäche.

Infolge Unglücksfällen am 15. Januar in Keetmanshoop verwundet: Reiter Wilhelm Grabig, schwer, Reiter Stanislaus Wufec, leicht, Schußverletzung an der rechten Hand.

Bürgerliche Blätter melden zum dreizehnten Male, daß die Hereros sich aufgelöst hätten und als Kriegführende nicht mehr in Betracht kämen. Die meisten seien auf englisches Gebiet übergetreten, andre zu den Ombos gewandert und nur ein kleiner Teil hätte sich zu den kämpfenden Hottentotten gesellt. Da Trotha nicht weiß, wo seine Gegner stecken, werden die bürgerlichen Zeitungsschreiber trotz angeblicher Kapstädter Telegramme nicht schlauer sein.

Ueber den Abschluß eines deutsch-englischen Handelsvertrags sollen der „Birmingham Post“ zufolge im Laufe dieses Monats Verhandlungen beginnen.

Den Exgenossen Max Lorenz, den Schlepenträger der gewalttätigsten Scharfmacher, soll der „Vorwärts“ beleidigt haben, weil er ihm Denunziantenstreiche nachgesagt hat. Genosse Wiltner erhielt dafür 200 Mark Geldstrafe.

Genosse Reichstagsabgeordneter Nechtsanwalt Dr. Herzfeld war am 1. Dezember 1903 vom Landgericht I Berlin wegen „Wahlfälschung“ zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hat die gegen dieses Urteil eingelegte Revision verworfen. Gleichzeitig wurde die Revision des Staatsanwalts verworfen, soweit der Angeklagte von der Anklage wegen des gleichen Vergehens in Rostock freigesprochen war. Der zweite Strafenat ist dabei den bereits vom dritten und vierten Strafenat ausgesprochenen Grundurteilen beigetreten. Danach kann ein Wähler, der bereits an einem Orte gewählt hat, nicht noch mal an einem andern Orte wählen, auch nicht in der Stichwahl, da diese in der Regel keine selbständige Wahl darstelle.

\* Frankfurt a. M., 7. Februar. Die Stadtverordneten-Versammlung hat 15 000 Mark für die streikenden Bergarbeiter bewilligt. Genosse Duard hatte 50 000 Mark, ein Zentrumsmann 30 000 Mark beantragt. Die freisinnig-demokratische Mehrheit lehnte diese Anträge aber ab. — In Straßburg hat ein Demokrat die Bewilligung von 5000 Mark beantragt. Der dortige Stadtrat wird sich in diesen Tagen schlüssig machen.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. Februar 1905.

### Lohnbewegung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Magdeburgs.

Der Aufforderung zur Stellungnahme zum diesjährigen Lohn- und Arbeitsstärk waren am Dienstagabend die Mitglieder der drei genannten Zentralverbände in so großer Anzahl nachgekommen, daß der Saal des „Ruisenparks“ inlustige Galerie nicht gefüllt war. Um 6 Uhr wurde die Massenversammlung vom Vertrauensmann der Maurer, Schöne, eröffnet. In das Bureau werden gewählt Schöne und Meine als Vorsitzende, Uebe und Fischer als Schriftführer.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung, „Berichterstattung der Sieben-Kommission“, nimmt Meine (Zimmerer) das Wort. Meiner gibt einleitend einen Ueberblick über die Entwicklung der Organisationen vom Jahre 1895 bis jetzt und stützt die Kämpfe, die die Organisationen zwecks Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen führen mußten. Gätten die Arbeitgeber früher die Löhne der Arbeiter etwas erhöht, weil sie nach ihrer eigenen Angabe glaubten, damit dem Submissionswesen Abbruch zu tun, so seien sie in den letzten Jahren, wo tarifliche Abmachungen vorhanden waren, stets bestrebt gewesen, Verschlechterungen in die Verträge hineinzubringen. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen die Unternehmer im Baugewerbe zu verhindern, daß die Beschwerden der Arbeiterbeitrer in der Sieben-Kommission in den gemeinsamen Sitzungen zur Besprechung gelangen. Unter andern verlangen sie, daß alle Beschwerden, die von den Arbeitern gegen die Unternehmer eingelegt werden, erst vor die sog. Dreier-Kommission kommen. Die Herren wissen nämlich, daß, wenn das geschieht, die meisten Beschwerden im Sande verlaufen. Dem müsse mit aller Entschiedenheit vorgebeugt werden. Weiter verlangen die Unternehmer, daß die Sieben-Kommission der Arbeitnehmer die zu verhandelnden Punkte in Form einer Tagesordnung einzeichnen soll. Auch das ist aus rein praktischen Gründen nicht zulässig. Wenig Vertrauen erweckend sei es auch gewesen, daß einige Unternehmer, die Magistratsarbeiten ausführen, geringere Löhne zahlten als wie im Tarif vorgeesehen waren, und dies damit zu motivieren versuchten, es seien Notstandsarbeiten, die sie übernommen hätten. Späterher hat sich herausgestellt, daß dem nicht so war. Aus alledem ist zu ersehen, daß die tariflichen Abmachungen entweder auf eine festere Basis gebracht oder ganz

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 84.

Magdeburg, Donnerstag den 9. Februar 1905.

16. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

(135. Sitzung.)

Berlin 7. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Trimborn (Str.), welche verlangt, daß durch einen noch in dieser Session vorzuliegenden Gesetzentwurf

der zehnjährige Maximalarbeitsstag für erwachsene Arbeiter (über 16 Jahre) eingeführt wird.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. — Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Hg. Trimborn (Str.): Die parlamentarischen Bemühungen um den Maximalarbeitsstag sind so alt, wie der Reichstag selbst. Sie haben Zentrum und Sozialdemokraten sich in diesem Sinne bemüht, während die bürgerliche Linke sich erst in den letzten Jahren vom Banne des Mandarientums befreit hat. — Der Zehnjährige ist ein unbedingtes Gebot der Volksgesundheit, dem — darin stimmen alle Gewerkschaften überein — der sanitäre Maximalarbeitsstag (§ 120e der Reichsgewerbeordnung) reicht nicht aus. Ist doch die Intensität der Arbeit in der modernen Produktion außerordentlich gestiegen. In Crimmitschau z. B. wurden beim 12stündigen Arbeitsstag 52 Schuß pro Stunde in den Textilfabriken gemacht, jetzt beim 11stündigen aber 75—80 Schuß pro Stunde. Mit Recht äußerte eine Streikende in Crimmitschau: Wäpsten die Fabrikantenfrauen, wie uns nach 11stündiger Arbeit die Knie schlottern, sie würden ihren Männern sagen, daß 11 Stunden wirklich zuviel sind. (Sehr richtig!)

Professor Hertner bezieht sich mit Recht die Herabsetzung der Arbeitszeit als die geschichtliche Vorbedingung für die geistige und sittliche Erhebung des Arbeiterstandes. In einem Staat des allgemeinen Stimmrechts ist sie eine unbedingte Notwendigkeit. Der Einwand, daß unsere Industrie den Zehnjährigen nicht verträglich ist, ist hinfällig. In Bayern arbeiteten schon 1899 72 Prozent der Erwachsenen weniger als 11 Stunden; von 596 Tarifverträgen, über die eine Statistik vorliegt, lauten 554, also 91 Prozent, auf 10 Stunden oder weniger. (Hört, hört! i. Str.) Die Statistik bezieht sich allerdings vorzugsweise auf das Handwerk; da aber im Handwerk erfahrungsgemäß die durchschnittliche Arbeitszeit länger ist als in der Industrie (Sehr richtig! links), so kann sie ruhig verallgemeinert werden. Für die Saisonindustrien müssen und können sorgfältig abgewogene Ausnahmebestimmungen eingeführt werden. — Ein Haupteinwand, den namentlich der Generalstreik in Rußland nicht milden wird, zu erheben, ist die Konkurrenz des Auslandes. Nun hat aber Frankreich den zwar nicht formalen, aber den tatsächlichen Maximalarbeitsstag; sechs amerikanische Bundesstaaten haben den allgemeinen, 27 den partiellen Zehnjährigen; Österreich hat den Zehnjährigen, Rußland seit 1897 den 11 1/2-Stundenstag; in Dänemark haben 91 Prozent der Betriebe eine geringere als die 10 1/2stündige Arbeitszeit. Wenn die Konkurrenz des Auslandes gefährlich ist, dann kann ihr nur durch qualifizierte Arbeit begegnet werden: und qualifizierte Arbeit können nur gesunde Arbeiter leisten. (Sehr richtig!)

Hinzu tritt auch der agrarische Einwand, daß der Maximalarbeitsstag den Zug in die Stadt verstärken wird. Ich glaube nicht, daß jemand in die Stadt zieht, um dort mit Pausen und Wegen etwa 13 Stunden zu arbeiten. Wenn wir einen berechtigten Anspruch der Gesundheit auf den Zehnjährigen anerkennen, so ist auch die Landwirtschaft, zumal nachdem sie erhöhten Schutzzoll erhalten hat, nicht geneigt und hoffentlich auch nicht gewillt, ihren Arbeitern diesen Schutz des Familienlebens, der Sittlichkeit und der Gesundheit zu verweigern. (Sehr gut! i. Str.) Seider haben noch viele Arbeiter den 14-, 15-, ja 18-Stundenstag. (Hört, hört!) Da besteht die Gefahr der Degeneration. Im Interesse der militärischen Leistungsfähigkeit müssen wir den Industriearbeitern einen erhöhten Schutz zukommen lassen. Erklärte doch Graf Posadowsky auf dem Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose, dem Volke werde die Zukunft gehören, welches sich körperlich am widerstandsfähigsten erhalte.

Alle Gründe, die ich bis jetzt angeführt habe, treffen in erhöhtem Maße auf den Maximalarbeitsstag für das weibliche Geschlecht zu. Alle Gewerbe-Inspektoren stimmen darin überein, daß die Gebote der Gesundheit und des Familienlebens den Zehnjährigen für Frauen geradezu gebieterisch erscheinen. Ueber seine Durchführbarkeit können keine Zweifel obwalten. Die Textilindustrie sträubt sich zwar; aber auch hier erklären z. B. die Baumwollindustriellen, daß sie für eine allgemeine Einführung des Zehnjährigen wohl zu haben sein würden. Wo die verkürzte Arbeitszeit eingeführt ist, da hat sie weder die Produktion noch die Löhne verringert. Die Furcht vor der Konkurrenz des Auslandes kann hier um so weniger verfangen, als in England und Frankreich der Zehnjährige für Arbeiterinnen bereits besteht, als in der Schweiz große Neigung für seine Einführung vorhanden ist und Holland nur noch im Anzuge Deutschland wartet. Wenn eine Frage sprechbar ist, so ist es die des Zehnjährigen. Reichstag und Presse sind sich so gut wie einig darüber. Einer der beiden überreifen Äpfel, der allgemeine Zehnjährige oder der Zehnjährige für Frauen, muß uns bald in den Schoß fallen; am besten ist, wenn uns beide zufallen. (Lebh. Beif. i. Str.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Gewiß stellt die moderne Maschinenarbeit weit höhere Ansprüche an die Züchtigkeit der Arbeit als die Produktionsmethoden vergangener Tage. Ebenso ist zuzugeden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit keineswegs immer das Quantum der Arbeitsleistung senkt, vielmehr unter Umständen das Arbeitsprodukt nach Quantität und Qualität steigert. (Sehr richtig! i. Str. u. b. d. Soz.) Allerdings gibt es eine Grenze nach unten, unterhalb deren weder eine Mehrleistung noch auch nur die alte Leistung erzielt wird. Ich kann daher die Frage, ob ein Maximalarbeitsstag einzuführen ist oder nicht, nicht ohne weiteres beantworten. Die verschiedenen Gesichtspunkte sind hier in Betracht zu ziehen. In England, dem Vaterlande der Industrie und des Arbeiterchutzes, gibt es keinen Maximalarbeitsstag für erwachsene Arbeiter. Wir halten unbedingt fest an der Notwendigkeit, den hygienischen Arbeitsstag auszubauen; wir zweifeln auch nicht daran, daß die übermäßig lange Arbeitszeit auch in Betrieben, die an sich nicht gesundheitsschädlich sind, schädliche Folgen für die Gesundheit haben kann. Als einmals die englische Konkurrenz die rheinische Industrie nötigte, ihre Arbeiter 17 Stunden arbeiten zu lassen, da konnte mit einigem Recht gesagt werden, daß die Arbeiter nicht die nötige Zeit zur Ruhe, zur Körperpflege und zum Familienleben hatten. (Aufheilige Zustimmung.) Glücklicherweise sind diese Zustände längst durch Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern beseitigt.

Man darf nicht vergessen, wie verschieden die Verhältnisse in den verschiedenen Industrien liegen. In manchen Zweigen wird ein Teil der Arbeitszeit durch bloße Arbeitsbereitschaft ausgefüllt. Aus diesen Gründen heraus waren die verbindlichen Bestimmungen bisher stets gegen den allgemeinen Maximalarbeitsstag. Auf meine Anfrage haben von 26 Bundesstaaten 8 (Hört, hört!) geantwortet, die teils prinzipiell, teils wenigstens vorläufig ablehnend sich verhalten. — Der Ausbau der Sozialpolitik drängt mit Notwendigkeit auf internationale Abmachungen. Vor allem handelt es sich darum, das statistische Material zu sichten. Die Forderungen, die der Herr Vorredner zog, sind denn doch nicht so unanfechtbar, wie er denkt; der Apfel ist noch nicht reif. (Heiterkeit.) — Ueber die Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter wird Ihnen demnächst eine Denkschrift zugehen, deren Zahlenmaterial das Bild doch anders gestalten dürfte, als bisher angenommen wurde. Die Verbände der Arbeiter werden ersucht die Frage eines Maximalarbeitsstages für Frauen — mit einer Uebergangszeit — erwägen; doch

kommt die Konkurrenz des Auslandes dabei in Betracht; auf eine Anfrage bei den auswärtigen Regierungen hat bisher nur die Schweiz entsprechende gesetzliche Maßnahmen in Aussicht gestellt. Hoffen wir, daß die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat führen. (Beif. i. Str.)

Auf Antrag Graf Humpesch (Str.) wird die Besprechung beschloffen.

Hg. Fischer (Str.): Ueber unsere prinzipielle Stellung werden wir uns bei der Beratung unseeres Antrages betr. Einführung des Achtstundentags äußern. Wir halten nicht nur den Zehnjährigen, sondern auch den Achtstündigen für ein Durchgangsstadium in der Entwicklung der Arbeiterbewegung. Für viele Industrien würde der Zehnjährige geradezu einen Rückschritt bedeuten; hat doch Herr Trimborn, der eigentlich eine Rede für einen viel weitergehenden Antrag hielt, reiches Material dafür vorgebracht, daß der Zehnjährige speziell in Württemberg schon überholt ist. Bei dem Schnedengang unseeres Sozialpolitik — siehe des Grafen Posadowsky heutige Rede — besteht für die Arbeiter wenig Aussicht auf die Erfüllung auch nur ihrer bescheidensten Wünsche. Der Handelsminister v. Müller (Zuruf b. d. Soz.: Er ist ja nicht abtlig!) — na ja, aber er verdient, es bald zu werden (Heiterkeit) — hat es stets als seine Aufgabe betrachtet, den Maximalarbeitsstag zu bekämpfen. Man müßte, sagte er im Reichstage, den Arbeitern Gelegenheit geben, sich durch Ueberarbeit aus dem Hause zu heben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Zeige mir doch der Handelsminister einen Großindustriellen, der sich durch Ueberarbeit aus dem Arbeiterstande emporgeschwungen hat. (Heiterkeit b. d. Soz.) Solche, die sich durch Ueberarbeit „ihrer“ Arbeiter „emporgearbeitet“ haben, braucht er uns nicht zu zeigen. Wir kennen die Stinnes und Genossen. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Wir haben geradezu Bedenken gegen den Zehnjährigen, aber unsere Bedenken bewegen sich in entgegengesetzter Richtung. Wir befürchten, daß der Zehnjährige ein Bollwerk gegen weitere Verbesserung der Arbeitszeit werden wird: hat doch in der heutigen Gesellschaft die Maximalarbeitszeit die Tendenz, Minimalarbeitszeit, der Minimallohn die Tendenz, Normallohn zu werden. Nur eine kraftvolle Gewerkschaftsbewegung kann da entgegenwirken, und die Gewerkschaftsbewegung wird von der Regierung, den Gerichten, der Polizei mit allen Mitteln bekämpft. Denken Sie an die Breslauer Urteile, die selbst ein Zentrumsmann Blumrath nannte, an die Rechtsprechung des Kammergerichts, die völlig verberäurert ist, seitdem ein Mitglied der Breslauer Schutzkommission für Streikbrecher als Präsident ans Berliner Kammergericht berufen worden ist. Die Gerichte, die niederen Behörden setzen die vom Reichstag abgelehnte Forderung um, in die Praxis um. Das Zentrum beschränkt seinen Antrag auf die Fabrikarbeiter; es kommt mit einer Interpellation, statt seine parlamentarische Nachstellung zu einem selbständigen Antrag zu gebrauchen, und die zehnjährige Interpellation begründet derselbe Herr Trimborn, der im vorigen Jahre mit gewaltigen Reden den Anbruch einer neuen Ära der Sozialpolitik verkündete. (Sehr gut! b. d. Soz.) Statt des Dringens die beschiedene Anfrage!

Warum soll der Zehnjährige auf Fabrikarbeiter beschränkt werden, da doch weder in der Gesetzgebung noch in der Rechtsprechung der Begriff „Fabrik“ klar festgelegt ist? Herr Trimborn spielte auf die Tarifverträge an. Alle diese Verträge sind von den Arbeiterorganisationen in schweren, opferreichen Kämpfen den Unternehmern und der hinter diesen stehenden Regierung abgezwungen worden. Nun sind aber gerade in handwerksmäßigen Betrieben Tarifverträge erzwungen worden: sie sprechen also gegen die Beschränkung des Maximalarbeitsstages auf die Arbeiter der Fabriken. Der Antrag in seiner jetzigen Form paßt ganz in das System ultramontaner Sozialpolitik nach dem Muster der Echnernacher Springprojektion: zwei Schritte vorwärts und einen zurück.

In der Regierung scheint noch immer die Maxime Bismarcks zu gelten, es sei Aufgabe der Regierung, Millionäre zu züchten. Den Siegeszug des Maximalarbeitsstages haben katholische Länder nicht gesehen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Alle sozialpolitischen Anträge des Zentrums sind im Schatten der unsern geblieben, nur durch Abkündigung von ihnen unterschieden. (Hg. Erzberger, Str., erhebt die Tribüne und begleitet die Rede Fischers mit lärmenden Zwischenrufen.) Wer kann nach Crimmitschau und dem Streik im Ruhrgebiet noch an die ernsthafteste Absicht der Regierung glauben, auch nur die schädlichsten Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen! Der Sinn der heutigen Erklärung war: die Regierung will nichts tun, und deshalb sucht sie nachzuweisen, daß sie nichts tun kann. Der 17stündige Arbeitsstag ist durch die Bemühungen der Arbeiter gefallen; der Herrgott hilft dabei nicht! (Heiterk. links.) Die Arbeiterorganisationen haben die Verkürzung der Arbeitszeit erzwungen; daher der Haß der Unternehmer gegen sie; sie werden, wie heute in Rußland, auf politisches Gebiet gedrängt; daher der Haß der Regierung.

Auf die Konkurrenz mit dem Ausland sollte seitens der Regierung nicht verwiesen werden, hat sie doch durch den neuen Zolltarif diese Konkurrenz nur erschwert. Es ist auch bezeichnend, daß das Zentrum die Feimarbeiter und die Arbeiter in Heimbetrieben ausnimmt, die oft noch bis zu 18stündiger Arbeitszeit haben. Die Regierung läßt vielfach Eisenbahn-, Postbeamte etc. noch 10—14 Stunden arbeiten. Dazu haben die Staatsarbeiter nicht einmal das Koalitionsrecht. Gewiß haben einzelne Mitglieder einzelner Regierungen soziales Verständnis: an den guten Willen der Regierungen in ihrer Gesamtheit können wir nicht glauben, noch weniger an ihrer Selbständigkeit gegenüber der Allmacht des Kapitals. Wir haben ja gesehen, wie das Vertrauen der Bergarbeiter auf den Reichstanzler belohnt wurde: Graf Bülow mutet den Streikenden im Ruhrrevier dieselbe Rolle zu, die er in der Kanalvorlage den Ungarn gegenüber gespielt hat. (Sehr gut! b. d. Soz.) Mag sein, daß dies Verhalten der Regierung die Bergarbeiter zwingt, noch vor Erfüllung ihrer Forderungen die Arbeit nieder anzunehmen. Die Arbeiter werden aber aus diesen Vorgängen die Folgerung ziehen, daß es nur eine Partei gibt, die wirklich für die Arbeiter eintritt.

Man konnte einmal glauben, daß eine gewisse sozialpolitische Einsicht im Reichsamte des Innern zum Durchbruch gelangt sei. Sänftigt ist diese Hoffnung zerbrochen, des Staatssekretärs heutige Rede gibt ihr den Rest. Da kann man sich nicht wundern, wenn der Gewerbeinspektor in Frankfurt a. D. als Folgen der Verkürzung der Arbeitszeit aufzählt: Vermehrung der Krankheiten, Puffjucht, Zunahme der unehelichen Geburten. (Eine Dame auf einer Tribüne lacht laut auf; das Haus rührt mitsamtlang ein.) Bemerkenswert ist nur, daß der Herr aus seinen Darlegungen nicht die Konsequenz zieht, den 24stündigen Arbeitsstag zu empfehlen! (Heiterkeit.) Wenn übrigens die Zunahme der Geburten die Folge der Verkürzung der Arbeitszeit ist, dann muß der überreichliche Kinderertrag in Pastoren- und Herrscherfamilien auch die Folge zu kurzer Arbeitszeit sein. (Große Heiterkeit.) Gelegentlich wird übrigens auch der umgekehrte Vorwurf erhoben, indem behauptet wird, die Verkürzung der Arbeitszeit führe zur Verminderung der Geburten und zu massenhaften Abtreibungen der Leibesfrucht. Wir möchten gegen diese Behauptung auf das energichste protestieren! Die Abtreibungsmethoden haben ihren Hauptsitz in der Bourgeoisie mit ihrem Zweifelhaftehem.

Der Düsseldorf Gewerbeinspektor erneuert die Theorie des alten englischen Nationalökonom Nassau Senior, die dieser selbst zuletzt verwarf, und behauptet, die Dividende der Unternehmer wuzle in der letzten Arbeitsstunde der Arbeiter. Uebrigens hat Graf Posadowsky recht: der Widerstand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit geht gerade von der Textilindustrie aus, die nicht nur sozial — siehe Crimmitschau — sondern auch technisch rückständig ist. Im September vorigen Jahres haben die Textilindustriellen beschlossen, jeden Arbeiter zu entlassen, der um Verkürzung der Arbeitszeit einkomme. (Hört, hört! b.

b. Soz.) Das ist das „freie Ermessen“ auf das Graf Posadowsky die Arbeiter verwies!

Der englische Handelsminister Mundella, selbst ein Textilindustrieller, der auch in Sachen Fabriken besaß, erklärte, die englische Textilindustrie sei deshalb der deutschen überlegen, weil in ihr die Arbeitszeit länger sei. Das ist das Gegenteil von dem, was Graf Posadowsky heute gesagt hat. Eine soziale Regierung würde den Schutz der nationalen Arbeit in einer Verkürzung der Arbeitszeit finden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Statt dessen treiben Regierung und Zentrum eine völlig verkehrte Sozialpolitik. Wo ist das sozialpolitische Programm des Zentrums? Es lebt von der Hand in den Mund. Sie (zum Zentrum) fallen unsern wertvollen Anträgen mit Anregungen von Enqueteen und dergleichen in den Rücken. Sie fragen, was anders Sie gegenüber der Regierung tun sollten? Wir brauchen uns nicht Ihren Kopf zu zerbrechen (Heiterkeit), aber wenn Ihnen wirklich wertvolle Interessen auf dem Spiele stehen, wie beim Zolltarif, findet Herr Spahn mit dem Spielball unter dem Arm den Weg zum Reichstanzler. Sie sagten, daß Sie in erster Linie für die christliche Weltanschauung eintreten. (Hg. Erzberger: Sehr richtig!) Aber der Kapitalismus ist für Sie ein Stück christlicher Weltordnung. Die soziale Reform, die aus dem Kampfe der Interessen hervorgeht, mögen Sie ihn auch leugnen, wird bei Ihnen nur nebenbei betrieben. Weil die katholischen Arbeiter zu Hunderttausenden am Streik im Ruhrrevier beteiligt sind, verteidigen Sie den Kontrakt. Auf dem dritten sozialsozialen Kongress in Lüttich hat sich der belgische Zentrumsführer Wostte gegen jeden Eingriff des Staates erklärt; diese Anschauung hat er auch als Minister verwirklicht beim Schutze schamloser Kinderausbeutung (Lüttich i. Str.), die vielleicht nur noch in den Nonnenklöstern Frankreichs noch schamloser betrieben wird. (Sehr richtig! b. d. Soz. Große Lärche i. Str.) Der Standpunkt des deutschen Zentrums ist nur aus Opportunitätsgründen einer Winderheitspartei entstanden, die noch nicht so wie in Belgien und Frankreich die Macht in der Hand hat. (Widerpruch i. Str.) Der Katholizismus hat eine wunderbare Anpassungsfähigkeit an die absolute Monarchie wie an die Demokratie, wenn nur der Klerikalismus dabei Geschäfte machen kann.

Ganz ähnlich wie Fürst Bismarck hat auch der Bischof Fischer offen ausgesprochen, daß es ohne die Sozialdemokratie keine Sozialpolitik im Zentrum gäbe. Bei Beginn der christlichen Arbeiterbewegung 1870 erklärte Herr Lingens: Soziale Fragen sind soziale Parteien, die in den Körper der Arbeiter fluten. In der Rhein. Volksstimme (Zuruf: Ja: Ist kein Parteiblatt!) nein, aber agrarisch-katholisch, und daraus haben Sie auch ein Glaubensbekenntnis ablesen können! (Sehr gut! bei den Soz.) wurde anlässlich der Kandidatur des Renommierarbeiters Stöbel gesagt, daß der gesamte katholische Klerus sich gegen das Vorgehen der Arbeiter gestemmt habe. Für die katholischen Arbeitervereine haben Sie die Reklametrömel gerührt, um dann durch das Beschreiben von der Fuldaer Konferenz ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Herr v. Sabinus verlangte, daß den Arbeitern die Waffe des Streiks aus der Hand genommen werde. § 10 des Musterstatuts empfiehlt den Berufsgruppen, sich einen Schutzhelfen als Patron zu nehmen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die katholischen Arbeiter sollen sich dann wahrheitsgemäß wie die russischen Arbeiter hinter dem Schutzbild ihres Heiligen im Namen des Christentums und des Kaisers wie Hunde beim Streik niederwerfen lassen. Das Zentrum hat kein sozialpolitisches Programm und will keine haben. Das hat der Sozialpolitiker des Zentrums Oberländer in den Bonner Studenten-gang offen gesagt. Am 4. Februar forderte Dr. Gize namens des Zentrums die 6stündige Maximalarbeitswoche. Am 10. Februar erklärte Herr v. Hertling natürlich wieder im Namen des Zentrums, man werde sich jederzeit genau überlegen müssen, ob es mit der Ausbeutung des Jungs im wirtschaftlichen Leben noch weiter gehen könne als bisher. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Zusammenstellung aller Zentrumsanträge müßte einen hübschen Rosenkranz darstellen. (Heiterk. links.) Es ergibt sich mit zwingender Kraft, daß in der Tat das Zentrum keinerlei sozialpolitische Grundhase hat, daß ihm die ganze Sozialpolitik nur Kuhhandel ist. (Sehr gut! u. Heiterkeit b. d. Soz.) Die Frage des Zehnjährigen hat nach der heutigen Erklärung des Staatssekretärs nur noch akademische Bedeutung, denn die Arbeiterpartei hat von dieser Regierung gar nichts zu erwarten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir können den Arbeitern nur empfehlen, sich in den Gewerkschaften und in der einigen und geschlossenen, großen Arbeiterpartei gegen die Regierung und das Zentrum zusammenzuschließen, wenn sie eine Verbesserung ihrer Lebenslage wollen. Denn wir werden sie zwingen, aus Opportunitätsgründen vorwärts zu gehen, da sie aus Prinzip nicht vorwärts gehen will. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe der Bergarbeiterpartei im Ruhrrevier Achtung für ihre ruhige geschickte Haltung geollt. Der preussische Handelsminister hat im preussischen Abgeordnetenhaus dieselbe Erklärung abgegeben und jetzt hat auch der preussische Minister des Innern denselben Eindruck gehabt. Für diese Verurteilung hat mir eine gewisse Presse als Sozialdemokraten bezeugnet. (Eine Stimme rechts: Sehr richtig! Sturm. Heiterkeit.) Jetzt wird mir von anderer Seite der Vorwurf gemacht, daß ich es als meine Aufgabe betrachte, Millionäre zu züchten. Ich betrachte es vielmehr als meine Aufgabe, den allgemeinen Wohlstand Deutschlands nach Möglichkeit zu steigern und nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß alle Klassen der Bevölkerung an diesem Wohlstand teilnehmen. (W Bravo! i. Zentr.) — Ich muß gegenüber dem Vorredner betonen: wir müssen Rücksicht nehmen auf die Konkurrenz des Auslandes. (Sehr richtig! rechts.) Denn wenn wir unsere Industrie lockern, dann schädigen wir nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) — Der Hg. Fischer erklärte, daß von dieser Regierung nichts zu erwarten sei. Ich halte es nicht für geschmackvoll, vom Regierungssitz aus auf die sozialpolitischen Leistungen der Regierung zu verweisen; eine gute Regierung soll arbeiten, wie eine gute Maschine, still und ruhig; das darf ich aber wohl sagen: wann immer ich mit gebildeten Ausländern zusammenkomme, alsbald kommt das Gespräch auf die sozialpolitische Lage Deutschlands. In dem Augenblick, wo die preussische Regierung ihr Wort verpönt hat, den wesentlichsten Beschwerden der Arbeiter abzuwehren (Zuruf b. d. Soz.: Abwarten!) — sie wird sicher ihr Wort einlösen (Lebh. Zustimmung i. d. Mitte) —, wo sie daran geht, die Anerkennung der Berufsvereine gesetzlich festzulegen, in diesem Augenblick schilt uns der Vorredner gleichmäßig und antisozial! Er verweist auf die fortgeschrittenen Zustände Frankreichs und Englands: um so mehr sollte er doch unsere Verhandlungen mit diesen Ländern begrüßen. Und noch eins: der Vorredner hat unsere Rechtsprechung scharf angegriffen. Unparteiische Rechtspflege ist die Grundlage des modernen Staates. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) Diese Grundlage sollte man in einem Parlament nicht in Zweifel ziehen. (Lebh. Beif. rechts u. i. Zentr.)

Hg. Lehmann (natl.) sieht im Maximalarbeitsstag einen unbedingten Eingriff in die persönliche Freiheit und eine schwere Schädigung des Erwerbslebens. Für die Arbeiter ist er ein Danaergeschenk, sie treiben sich in der freien Zeit doch nur in den Kneipen herum. Die deutsche Industrie kann weitere Beschränkungen nicht vertragen. Dem Staatssekretär rufe ich zu: Nicht zuviel Dampf! (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Schider (son.) schließt sich den Ausführungen des Verredners vollständig an. Mindestens seien umfangreiche Verhandlungen nötig. (Beifall rechts.)

Abg. Müller (Volk): Die Freiheit der Arbeiter wird gerade von dem gegnerischen Lager die Freilichkeit beschränkt werden. Der gesundheitliche Arbeitstag ist das Minimum des Notwendigen. (Beifall bei den Voten und im Zentrum.)

Abg. Dr. Bach (Volk): Auch die temperamentsvolle Rede des Herrn Fischer kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß namentlich auch die bürgerliche Linke mit einer an der sozialen Gleichheit gearbeitet hat; ich erinnere an den Vortrag Müllers, die Verbesserungen des Sozialrechts. Die Frage des Maximalarbeitstages der Frauen ist völlig sprechend. Der Standpunkt des Wandertages ist überwinden; freilich darf nicht zu sehr generalisiert werden. Vor allem müssen wir für eine Sicherung des Sozialrechts eintreten, ohne die das Maximum der Arbeitszeit sicher zur Norm werden wird. Erst wenn die erstrebte Reichsarbeit der Berufsvereine zur Tat wird, wird das konstitutionelle Prinzip in die Fabriken hineingetragen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Wurdach (Christl.-soz. Wirtschaftl. Vg.): Da die Arbeitgeberorganisationen mächtiger sind als die der Arbeiter, muß die Regierung einschreiten. Es ist nachgewiesen, daß beim Achtstundentag ebenfalls geleistet wird wie beim Elfstundentag. Auf Einzelheiten kann ich nicht eingehen, da die Herren Sozialdemokraten andern Parteien zum Hohen keine Zeit lassen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Erbacher (Chr.) bedauert, so spät zum Wort gekommen zu sein. Er wirt dem Abg. Fischer Kraftmeierei und Apathie mit Worten vor. Die Sozialdemokraten sind bloß neidisch darüber, daß wir nach einem reifen Absehl geiffen haben. Die Sozialdemokraten Dr. David und Grentsch haben anerkannt, daß das Wetter, die Pferde und die Ochsen einen Maximalarbeitstag in der Landwirtschaft nicht zulassen. Fischer sollte nicht vom brutalen Unternehmertum sprechen, denn die Entlassung des Maschinenmeisters Paul Sellmann durch ihn hat in weiten Kreisen der Genossen Mißfallen erregt. (Hört, hört! i. Chr.) Auf dem Parteitag hat der Abg. Fischer es abgelehnt, sich über diesen Punkt zu äußern, weil er vor das Forum der Berliner Genossen gehöre. Das ist ganz der Standpunkt der Kohlenbarone, die nur mit der Beilegung verhandeln wollten. (Sehr gut! i. Chr.) Die Sozialdemokratie hat wieder einmal versagt, wo es sich um die wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen handelte. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Auf die andern Redner will ich nicht eingehen; den Herrn Lehmann will ich dem Abg. Gehl zur Widerlegung überlassen. (Gutheit und Sehr gut! im Zentrum.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Toleranzantrag und Antrag auf Errichtung eines Reichsarbeitsamts.

Schluß 7 Uhr.

### Aus der Parteibewegung.

**Der Sozialismus in England.** Vorige Woche hielt das Komitee für Arbeitervertreter im Parlament in Liverpool seine fünfte Jahreskonferenz ab, auf der 900 000 Arbeiter und 157 Gewerkschaften (außerdem noch 78 Vokalverbände von Gewerkschaften, die Vertretungen der unabhängigen Arbeiterpartei und der Fabianischen Gesellschaft), gegen 569 000 Arbeiter und 165 Gewerkschaften auf der vierten Jahreskonferenz im Vorjahre, vertreten waren. Der Ausgang kommt auf das Konto des konsequenten politischen Programms und der obligatorischen Beiträge zu einem politischen Fonds, der jetzt, nach einer Mitteilung der „Standard“, auf 6796 Pfund Sterling (etwa 136 000 Mark) angewachsen ist. Das Komitee ist durch vier Abgeordnete im Parlament vertreten, wird aber für die nächsten allgemeinen Wahlen Kandidaten aufstellen.

Die von 350 Delegierten besuchte Konferenz beschloß, eine politische Resolution für die russischen Freiheitskämpfer und eine andere, in der den kämpfenden Bergarbeitern im Ruhrgebiet gewünscht wird, sie möchten den Kampf gegen den herrschsüchtigen Kapitalistenverband freudig bis zum Ende durchführen.

Eine lebhaft debattierte entspann sich über das Verhältnis des Komitees zum Sozialismus und zum Liberalismus. Ein Delegierter des Verbandes der Zimmerleute und Tischler wollte den gewerkschaftlichen Charakter des Komitees (durch Ausschluß der Sozialisten) wieder hergestellt wissen. Ein entsprechender Antrag fiel mit Glanz durch; dagegen wurde ein Antrag Barnes (Sekretär des Verbandes der Maschinenbauer), der sich für die Zulassung weiterer sozialistischer Verbindungen aussprach, mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Das ist ein höchst bedeutungsvolles Moment für die Beurteilung der Fortschritte, die der Sozialismus in England in den letzten Jahren gemacht hat. Die kleine Opposition der nur-Gewerkschaftler bemüht sich vergeblich, die sozialistischen Einflüsse zu verdrängen. Charakteristisch ist auch ein Beschluß des Komitees, der mit 594 000 gegen 224 000 Stimmen gefaßt wurde. Danach soll es den parlamentarischen Vertretern des Komitees auch in Zukunft unterlagert sein, sich einer der beiden großen politischen Parteien anzuschließen; es kommt dabei besonders die liberale Partei in Frage.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Zur Schuhmacherbewegung in Weiskensfeld.** In den letzten Tagen wurde mit wenigen Ausnahmen in fast allen Fabriken gekündigt. Montag erfolgte die Kündigung auch noch in den verbliebenen Fabriken. Die Lohnverträge haben bis jetzt acht bis zehn Fabrikanten akzeptiert. Bei einer Firma hat bereits am Sonntag wegen Nachregulierung des Vertrauensmannes der Ausstand begonnen. Der Fabrikanten-Verein hat seine Mitglieder bei einer Konventionalliste von 600 Mark verpflichtet, den Löhnen der Arbeitnehmer abzusprechen.

**Ein ertappter Verleumder.** Während der großen Bauarbeiter-Auspeerrung an den Unterwertern wurde der Vorsitzende der Maurerorganisation in Gießen, Genosse August Groß, beschuldigt, er sei mit der Gesamtsumme der zur Mietunterstützung aufgebrauchten Mittel im Betrage von 15 000 Mark durchgebrannt. Er war aber nicht durchgebrannt, sondern noch da und eifrig bemüht, den Urheber der gemeinsamen Verschuldung ansindig zu machen. Ob ihm dies gelungen ist, steht dahin. Jedenfalls war es ihm möglich zu ermitteln, daß einer der ersten Verbreiter des Gerüchtes der Schmiedemeister Clemens Mattheis aus Gießen war. Groß gab dem Beleidiger Gelegenheit, vor Gericht die Wahrheit des von ihm Behaupteten nachzuweisen. Nun kniff der Herr Schmiedemeister jähmlich. Er erklärte, daß er keine unwahre Behauptung unter dem Ausdruck des Bedauerns zu räumen, verpflichtete sich, alle Kosten zu tragen und einen Geldbetrag an die Gießener Armenkassa zu zahlen.

Hier ist es also gelungen, einem Verleumder einmal das Sandwerk zu legen. Rufen wird das aber nicht viel, denn

es gehört zu den Methoden der Arbeiterbekämpfung, bei Lohnbewegungen das Gerücht auszusprengen, die Streikunterstützung könne nicht gesahnt werden, weil ein „Führer“ mit der Kasse durchgebrannt sei.

**Kaufmannsgerichtswahlen in Chemnitz.** Bei der Wahl der Richter zum Kaufmannsgericht wurden von der Wirtschaftskasse 26, von der Lagerhalter und des Zentralverbandes 4 Bewerber gewählt.

### Coiales.

**Der Einfluß des Bergarbeiterstreiks auf den eisenhütten- und Stahlmarkt** scheint sich immer weiter auszuweiten. Die Eisen- und Stahlwerke vorerst noch gelingen, belgische und englische Kohlen anzuschaffen, und damit den Betrieb wenigstens teilweise aufrechtzuerhalten; aber bald wird hier, bald dort ein weiteres Werk stillgelegt, und wenn der Streik noch einige Wochen anhält, werden in den meisten Mehlern der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie fast alle Mäher stillstehen, zumal infolge des in Belgien ausgebrochenen Streiks die Zufuhren von dort jetzt ganz ausbleiben werden.

Auf dem Hoheisenmarkt sind, wie die Fachzeitung „Industrie“ berichtet, tief einschneidende Verschiebungen bis jetzt weniger fühlbar. Hier und da wurde ein Ofen stillgestellt, die geringere Erzeugung in Hoheisen wird indessen durch den geringeren Verbrauch ausgeglichen. Zunahme oder Kohlenmangel aber muß auch hier schwere Folgen nach sich ziehen. Das Geschäft in Halbzeug wird dagegen durch den Zustand schwerer beeinflusst. Es kann ja nicht fehlen, daß die Erzeugung in Halbzeug eine große Einbuße erleidet. Ueberall häuft sich die Arbeit an; die Bestellungen können nicht ausgeführt werden und die Lieferungen stocken; später wird sich alles zusammenhängen. Auf dem Walzisenmarkt trifft der Streik der Bergarbeiter vollständig lähmend. Die meisten Werke, die nicht völlig stillliegen, haben wenigstens einige Walzenstraßen außer Betrieb, und so entsteht in der Erzeugung ein großer Mangel, der später kaum ausgeglichen und gedeckt werden dürfte. Auf fallend ruhig ist auch der Handel. Man sollte erwarten, daß jetzt die Lager und Magazine stark in Anspruch genommen würden, und die Händler ein flottet und gutes Geschäft machten. Das ist aber nicht der Fall.

**g. Ausdeutung der oberfränkischen Korbmacher durch das Truchsystem.** Viele Defer, die die Vorgänge auf sozialpolitischem Gebiete aufmerksam verfolgen, werden sich vielleicht noch des Buches erinnern, das vor etwa 17 Jahren der Nationalökonom Sax über die Lage der Hausindustriellen in der oberfränkischen Korbmacherey-Jndustrie erschienen ließ. Der Verfasser hatte sein überwältigendes Material an Ort und Stelle gesammelt und seine Veröffentlichung rief getragenes Aufsehen hervor, da er darin zum ersten Male die unentgeltlichen Zustände, unter denen die Korbmacher jener Gegend lebten, an die Öffentlichkeit zog. Ein interessantes Kapitel war das über das verwerfliche Truchsystem, das von den Unternehmern gegen die Arbeiter zur Anwendung gebracht wurde und jenen eine doppelte Ausbeutung der armen Korbmacher-Flaben ermöglichte. Die Veröffentlichung trug auch dazu bei, daß geordnete Maßnahmen gegen das Truchsystem getroffen wurden, wenn man aber glaubte, daß dieses dadurch aufgehört hätte, so täuscht man sich; dazu ist es für die Unternehmer viel zu einträglich und sind die Korbmacher zu sehr von der Gnade der Händler abhängig. Das dieses verwerfliche System im geheimen noch munter weiter gehet, bewies eine Verhandlung gegen 18 Korbmacher aus Lichtenfels und Umgebung vor dem Landgericht Bamberg. Sie waren angeklagt, sich gegen die § 115, 119 bis 126, 1 der Gewerbeordnung vergriffen zu haben, wodurch, daß sie seit mindestens 6 Jahren den Korbmachern ihrer Gegend, die regelmäßig an sie liefern, den Arbeitslohn nicht in Reichshöhe bezahlten, sondern die zur Herstellung der Korbmachen erforderlichen Rohmaterialien auf Kredit zu Preisen abgegeben haben, die stets den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten überstiegen und insbesondere über die ortsübliche Tarif- und die von den Rohmaterialienhändlern sonst geforderten Preise hinausgingen, und daß die Beträge hierfür bei der Lohnzahlung allmählich in Anrechnung gebracht wurden. (Gegen zehn von den Angeklagten wird noch die Beschuldigung erhoben, daß sie außer Materialien den Korbmachern noch Spezerwaren und Lebensmittel, wie Zucker und Kaffee, zu einem den Betrag der Anschaffungskosten übersteigenden Preise auf Kredit veräußerten und den Betrag hierfür ebenfalls bei der wöchentlichen Lohnzahlung verrechneten. Endlich wurden sieben Angeklagte noch besonders beschuldigt, daß sie anstatt des barlohnens teilweise Waren, wie Zucker und Kaffee, verabreicht haben. Als Zeugen waren 32 Korbmacher, als Sachverständige 7 Korbmacher (1) und der oberfränkische Fabrikinspektor geladen. Die Angeklagten bestritten, daß ihre Korbmacher unter die erwähnten Bestimmungen der Gewerbeordnung fallen, da sie zu Hause arbeiten, öfters den Arbeiter wechseln, Gefellen beistehenden usw., somit selbständige Unternehmer, mindestens aber Hilfsarbeiter seien. Der Fabrikinspektor erklärte, die Heimarbeiter seien ausnahmslos als Arbeiter im Sinne der erwähnten Bestimmungen zu betrachten, da nirgends in der ganzen Welt die Heimarbeit als selbständig gelte, moegen die Korbmacher-Sachverständigen dies nicht zugeben wollten, die Korbmacher seien an keinen Unternehmer gebunden, auch seien die geforderten Preise nicht zu hoch. Aus dem Zeugenerhör ergab sich, daß allerdings einzelne besser situierte Korbmacher nicht nötig haben, sich Material anrechnen zu lassen, auch an den einzelnen Köhner nicht gebunden sind, aber ganz anders ist es, wenn, wie es meistens der Fall ist, der Korbmacher bei seinem Unternehmer tief in der Kreide steht; hier ist das Abhängigkeitsverhältnis im vollen Umfang vorhanden. Außerdem wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Unternehmer die von den Korbmachern zur Verbesserung ihrer Lage geschaffenen Einkaufsgenossenschaften dadurch zu vernichten suchen, daß sie an ihren Türen Plakate anbringen lassen mit der Ankündigung, daß kein Korbmacher, der Mitglied einer Genossenschaft ist, Arbeit bekomme. Von den Angeklagten wurden zehn freigesprochen, von den übrigen wurden drei zu je 200 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis, zwei zu je 30 Mark oder 3 Tagen Gefängnis, zwei zu je 20 Mark oder 2 Tagen Gefängnis, einer zu 10 Mark oder 1 Tag Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil wird wohl auch jetzt noch nicht die Korbmacher veranlassen, ihr verwerfliches Ausbeutungssystem aufzugeben.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

**Stadtv. Kothhe:** Das neue Fleischengesetz ändert diesen Etat ganz bedeutend. Obgleich das Fleisch auf dem Schlachthof untersucht wird, weiß man doch nicht, was man ist. Es ist traurig, daß ein solches Gesetz Annahme fand.

# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 84.

Magdeburg, Donnerstag den 9. Februar 1905.

16. Jahrgang.

## Vermischte Nachrichten.

**Die unglücklichen Gendarmen.** Aus dem Ruhrrevier kommt folgende lustige Nachricht: Die nach dem Ruhrrevier abkommandierten Gendarmen fühlen sich dort durchaus nicht wohl und wollen fast samt und sonders den Augenblick herbei, wo sie wieder in ihre Heimatorte zurückkönnen. Etwa 600 Gendarmen, zu denen noch circa 200 Schutzleute kommen, sind anlässlich des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier zusammengezogen. Sie müssen von morgens früh bis in die Nacht hinein dienstlich auf dem Posten sein und werden durch Vorgesetzte besonders scharf kontrolliert, wobei auch namentlich darauf geachtet wird, daß sie nicht ohne zwingenden Grund ein Restaurant betreten. Dabei reichen aber die Diäten, welche die Gendarmen erhalten, nicht aus, um bei den teuren Lebensmittelpreisen sich leichtlich mit Essen und Trinken zu versorgen. Das Betragen der Bergarbeiter wird von den Gendarmen als „unheimlich ruhig“ bezeichnet. Weil die Streikenden vielfach bei Begegnungen geheimnisvoll die Köpfe zusammenstecken, vermutet man aber, daß bald noch andre Zwischenfälle eintreten werden (!). Einen verblüffenden Eindruck hat es bei der Gendarmerie im Ruhrrevier hervorgerufen, daß der Sohn des Großindustriellen Thyssen, August Thyssen in Berlin, offenkundig gegen seinen Vater zugunsten der Arbeiter Stellung genommen hat. Die Sicherheitsbeamten schütteln darüber den Kopf, daß sie berufen sind, die Grubenbesitzer, zu denen Thyssen senior gehört, zu schützen, während der junge Thyssen offen für die Bergarbeiter eintritt.

**\* Unser Zeitalter von Kohle und Stahl.** Ueber die ungeheuren Mengen von Eisen und Kohle, die jährlich von den 1½ Milliarden Menschen auf der Erde verbraucht werden, gibt eine neue Statistik beredete Auskunft. Bei der Erzeugung der Eisenerze stehen die Vereinigten Staaten mit 35 Millionen Tonnen jährlich an der Spitze, demnächst folgt Deutschland mit 21 Millionen, dann England mit 18, Spanien mit 8, Rußland mit 5½ und Frankreich mit 5 Millionen Tonnen. Es steht vielleicht zu erwarten, daß Rußland und auch Spanien in nicht zu langer Zeit von Frankreich überflügelt sein werden, so daß dies Land dann an die vierte Stelle rücken würde. Im ganzen verbraucht die Erde jährlich rund 100 Millionen Tonnen oder 100 Milliarden Kilogramm Eisenerze. Die entsprechenden Ziffern für den Kohlenverbrauch sind natürlich noch viel bedeutender. Auch in der Kohlenproduktion nehmen die Vereinigten Staaten eine führende Stellung ein mit einem jährlichen Ertrag von 319 Millionen Tonnen; an zweiter Stelle steht England mit 230, an dritter Deutschland mit 162, an vierter Oesterreich-Ungarn mit 40 und an fünfter Frankreich mit 36 Millionen Tonnen. Im ganzen würden nach den neuesten Ermittlungen jährlich 870 Milliarden Kilogramm Kohle auf der Erde verbraucht werden. Kohle und Eisenerz zusammen dienen zum großen Teil zur Herstellung von Gußeisen und Stahl. Man könnte heute die industrielle Bedeutung eines Volkes fast nach dem Maße bemerten: „Sage mir, wieviel Eisen du verbrauchst, und ich werde dir sagen, was du bist“. Nach den Vereinigten Staaten mit 19 Millionen Tonnen steht in dieser Beziehung Deutschland mit 10 Millionen; England, das früher an erster Stelle stand, folgt jetzt an dritter mit 8 800 000, Frank-

reich an vierter mit 2 800 000 Tonnen. Italien verbraucht nur 48 000 Tonnen Eisen. Die germanischen Völker erzeugen vierfünftel allen Eisens und Stahls auf der Erde, die romanischen Völker nur 8-9 v. H. Dieser Unterschied ist wohl mehr im Charakter der Völker als der Länder begründet, denn namentlich Spanien könnte durch eine größere Energie zu einem der wichtigsten Eisenländer der Erde gemacht werden, auch verfügen die romanischen Länder über den größten Reichtum an Wasserfällen, die für die Erzeugung von Elektrizität nutzbar gemacht werden könnten.

**\* Nach dem Buchstaben des Gesetzes.** Wegen Uebertretung des reußischen Volksschulgesetzes ist in Debschwig bei Gera ein armer Weber mit zwei Mark Geldstrafe bedacht worden, weil er — einem Kinde ein Vesebuch kaufen kann. Der Herrmiste hat mit seiner Familie in der letzten Zeit außerordentlich viel durchzumachen gehabt. Am Ende des Jahres 1903 lag die ganze Familie am Typhus krank danieder, was bis zum Februar 1904 andauerte. Im letzten Herbst waren wieder alle fünf Kinder krank und eins davon ist im Krankenhaus gestorben. Von den drei schulpflichtigen Kindern brauchte dann eins ein Vesebuch. Der ohne sein Verschulden in bitterster Not geratene Vater konnte aber absolut keins kaufen und ersuchte an maßgebender Stelle darum, dem Kinde das Buch auf Gemeindefosten zu gewähren. Das ist jedoch abgelehnt worden. Später erschien in dieser Sache bei der Familie ein Volksschulungsbeamter, für den aber jedenfalls auch nichts zu haben gewesen ist, und das Ende vom Liede ist ein Strafbefehl über 2 Mark wegen Uebertretung des Volksschulgesetzes. Wir haben, schreibt die „Reußische Tribüne“ hierzu, dem Mann, der sich hilfesuchend an uns wandte, angeraten, richterliche Entscheidung zu beantragen, damit die Gepflogenheiten der Debschwiger Beförden, die über das Volksschulgesetz zu wachen haben, durch eine Gerichtsverhandlung einwandfrei festgestellt und dann der Öffentlichkeit unterbreitet werden können. Für heute wollen wir nur noch hinzufügen, daß der arme Weber in den letzten Jahren einen Durchschnittslohn von 11 Mark pro Woche gehabt hat. Daß unter solchen Verhältnissen kein Geld für Schulbücher übrig bleiben kann, sollte auch der Stelle einleuchten, die den Strafbefehl veranlaßt hat. Im übrigen beweist das geradezu empörende Vorkommnis, wie recht unsere Parteigenossen im Gemeinderat mit ihrer Kritik gegen die übertriebene Spar-samkeit hatten, die bei Gewährung von Lehrmitteln an wirklich arme Kinder geübt wurde. Der obige Strafbefehl ist die schärfste Verurteilung jenes Systems, das sondersbarerweise von einem Lehrer verteidigt wurde.

**\* Berlins größere Sorge.** Man lese: „Es ist eine schlimme Zeit! Die Kriegstrumpete schweigt für einige Zeit, aber im Lande, von dem der Krieg ausging, herrscht der Krieg. Tausende von Russen verlassen ihr Land; in wenigen Tagen ist hier der Russenverkehr sehr gestiegen; die von der Newa finden es hier gemüthlicher als auf dem Newsky-Prospekt. In den Stätten der Freude vergessen sie das Leid des Vaterlandes. Sie äußern sich nicht, es ist ihnen peinlich, über die Zustände zu sprechen. „Wie denken Sie über Rußland?“ ist aber dennoch die ständige Frage. Sie ist eben sehr begründet, und begründet auch deswegen, weil viel Interessen auch von hier nach Rußland gravitieren. Während im Osten die Kartätschen und Granaten fliegen,

fliegen gen Westen zu die Streit-Flugblätter, und der ganze Streikradau im Ruhrgebiet spiegelt sich in Berlin wieder durch eine beklemmende Geschäftssituation. Die tief in den Haushalt gehen die Sorgen; die Kohlen werden teurer und die Hausfrauen fangen an zu klagen. Das sind aber alles Kleinigkeiten. Es hat uns eine größere Sorge befallen. Wegen Mitte der Woche wurden wir erschreckt durch die Nachricht von der schweren Erkrankung des Prinzen Eitel Friedrich... — So im „Berliner Brief“ der „Ossenbacher Zeitung“, eines nationalliberalen Blattes.

## Militär-Justiz.

**Wieder ein Soldatenschnöder.** Ein Soldatenschnöder hatte sich in Düsseldorf vor dem dortigen Kriegsgericht in der Person des Unteroffiziers Emil Reinisch von der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 16 in Mülheim a. Rh. zu verantworten. Der Angeklagte hatte nicht nur die älteren Mannschaften zu Mißhandlungen der jungen Rekruten aufgehetzt, sondern war ihnen selbst stets mit bösem Beispiel vorgegangen. Nach Mitternacht pflegte er die Leute aus den Betten zu treiben, ließ sie die Stuben reinigen, schlug sie ins Gesicht, ließ sie über einen Besenstiel springen, zwang sie zu längeren Knieübungen usw. Zu der Verhandlung war eine größere Anzahl Mannschaften aus den Jahrgängen 1901 bis 1904 als Zeugen geladen, die den Angeklagten, der außerdem Militärgeißel in Höhe von 13 Mark unterschlagen hat, teilweise schwer belasteten. Das Urteil gegen den Unteroffizier lautete auf 7 Monate Gefängnis und Degradation.

**Ein betrügerischer Feldwebel.** Vor einigen Monaten wurde dem Hauptmann von der 1. Kompanie des in Garzburg liegenden Pionier-Bataillons Nr. 9 mitgeteilt, daß sein Feldwebel Döring sich unredliche Manipulationen zuschulden kommen lassen habe. Die Untersuchung belastete den Beschuldigten in vollem Maße. So hat er sich von den zur Einstellung gelangten Rekruten zur Beschaffung von Kuchentüten, Namensklappen und des Instruktionssatzes 19 Mark zahlen lassen, während die Gegenstände nur einen Einkaufswert von 7,88 Mark hatten. Da die Soldaten nur einen bestimmten Geldbetrag in Händen haben sollen, nahm der Feldwebel die Mehrbeträge in „Depot“; sie haben ihr Geld nie wieder gesehen. Wegen dieser Unredlichkeiten wurde der Feldwebel vom Kriegsgericht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das ihm zu niedrig erscheinende Strafmaß legte der Gerichtsherr Berufung ein, mit der sich das Oberkriegsgericht beschäftigte. Da eine große Anzahl Zeugen — beinahe die halbe Kompanie — zu vernehmen ist, fand die Verhandlung in der Pionierkaserne statt. Der Angeklagte will nicht die Abtötung gehabt haben, die Rekruten übers Ohr zu hauen; er habe nur den besser situierten Leuten mehr Geld abgenommen, damit die ärmeren Rekruten sich die Utensilien usw. zu einem niedrigeren Preise anschaffen könnten. Bezüglich der Unterschlagungen der Depotgelder behauptete er, ihm sei das Kasibuch abhandeln gekommen, so daß er nicht gewußt habe, welchen Soldaten das Geld gehöre. Außerdem wurde dem Angeklagten vorgehalten, eine Schuldensatz von 500 Mark kontrahiert zu haben. Er gab dies zu und bemerkte, er habe das Geld unter der Bedingung geliehen, daß er es nach seiner Anstellung im Zivildienst zurückzahlen würde. Die Zeugenbernehmung förderte kein Moment zutage, daß der Feldwebel auf Kosten der besser situierten Rekruten Wohlthätigkeit geübt hat. Der Vertreter der Anklage hielt den Angeklagten in vollem Umfang für schuldig. Der Feldwebel habe sich zum Ankauf der Kuchentüten usw. 900 Mark geben lassen, von jedem Mann 10 Mark, obgleich er genau gewußt habe, daß jeder Mann nur 7,68 Mark zu zahlen hatte; er habe aber auch von den Leuten, die noch nicht den vollen Preis gezahlt hatten, den Betrag von 10 Mark zu erheben versucht, womit die Merkmale des verurteilten Betrugs gegeben seien. Da der Feldwebel sich geweigert habe, den Rekruten das zu viel gezahlte Geld zurückzugeben, liege in all diesen Fällen vollendeter Betrug vor. Außerdem charakterisiere sich die Handlungsweise des Angeklagten als Mißbrauch der Dienstgewalt. Er beantragte 2 Monate Gefängnis, Degradation und Verweisung in die zweite Soldatenklasse. Der Angeklagte gab zu, die Soldaten geschädigt zu haben, doch habe er dies nicht absichtlich

## Humor.

### Ein Humorist.

Kulturbild aus einem schwedischen Dorfe. Aus dem Schwedischen überseht von Ernst Brausewetter.

Es gibt Menschen, die die Gabe besitzen, trotz der widrigsten Umstände stets ihre gute Laune zu bewahren und das Leben ausschließlich von der heiteren Seite zu betrachten.

Ein solcher Mann ist Johann Olaf, den ich Ihnen hiermit vorstellen möchte.

Es ist ein langer Kerl, der prächtig zum Leibgardisten gepakt hätte, wenn nicht sein vorgeneigter Körper der Figur ein weniger martialisches Aussehen verliehen hätte. Unter einem Schlapphut, der offenbar weder gestern noch in diesem Jahre gekauft worden, sieht man ein so kindliches und gutmütiges Gesicht, wie man es nur bei den lustigen Dänen anzutreffen pflegt. Johann Olaf ist jedoch dem Alter nach kein Kind mehr. Davon legt ein üppiger Schnurrbart sowie der Umstand Zeugnis ab, daß er kürzlich in den „heiligen Stand der Ehe“ getreten ist, was ein Mann seines Standes kaum wagt, bevor er ein gutes Stück in die Bierzig hineingekommen.

Uebrigens lohnt es sich nicht der Mühe, ihn nach seinem Alter zu fragen, denn gleich gefällsüchtigen älteren Damen gibt er doch keine bestimmte Auskunft.

„Ich wurde geboren... na, sehen wir einmal... ja, gerade in dem Jahr, als die Kartoffelkrankheit so heftig auftrat...“ Oder: „Ich wurde einmal in der Jetztzeit zur Unzeit geboren!“ Das ist alles, was er sagt.

Seine soziale Stellung ist noch schwerer genau zu bestimmen, denn feste Arbeit hat er selten. „Ich bin alles und nichts“ pflegt er zu sagen. Er ist ein Freibeuter auf dem Felde der Arbeit, der einzige Spätmacher des Ortes, die Arbeiter der Bauern wie des Gutsherrn. Alle möglichen außerfälligen Verrichtungen, die kein ander ausführen will,

übernimmt Johann Olaf für ein Dankwort und ein bißchen Essen bei einem armen Bauer, für Bezahlung bei dem Großbauer und Gutsherrn; aber für eine Bezahlung, die oft unter einem „Hungerlohn“ steht.

„Ein armer Kerl, der Johann Olaf!“ sagt der selbstbewußte Fabrikarbeiter, der seinen bestimmten Lohn hat und sich niemals herabläßt, nur für einen Mund voll Essen zu arbeiten.

Nun hat er es übernommen, die ganze Roggenernte der Milsons für fünfundsanzig Dere per Tag und das Essen zu dreschen. Solch ein Schafskopf! Das soll nun Nahrung für Frau und Kind geben! Ich habe ihm das auch gesagt. „Du bist ein Dummkopf, Johann.“ jagte ich. Aber da grinst er nur über das ganze Gesicht und erwiderte:

„Ja, das jagte meine Alte auch. Und meine Frau sagt mir manchmal auch gerade daselbe. Aber dann antworte ich: „Wäre ich das nicht gewesen, dann wären wir kein Paar geworden!“ — und dann schweigt sie. Ja, mit dem Johann kommt doch keiner mit.“

Aber diejenigen, die ihren Vorteil dabei finden, ihn zu jeder Sundearbeit heranzuziehen, können ihn natürlich gar nicht genug rühmen:

„Ein tüchtiger Arbeiter, der Johann Olaf, und immer lustig! Er arbeitet für zwei, klagt niemals über das Essen, wenn man ihm auch dreimal am Tage Kartoffeln und Sering vorsetzt. Solche Arbeiter gibt es jetzt gar nicht mehr.“

Die Besonnenen schweigen vorsichtigerweise in diesem Zusammenhang vom Lohne; aber die Großherzigen und die Einfältigen fügen meist ein paar Worte über die Billigkeit hinzu, da sie allzu naiv sind, das Schändliche dabei einzusehen, einem tüchtigen Arbeiter nur fünfundsanzig Dere oder höchstens fünfzig Dere für den Tag zu geben. Der eine oder andre jügt gleichsam entschuldigend oder, um vollends die Rolle des Wohlthäters zu spielen, hinzu:

„Ja, ich lieb ihn dies und jenes machen, weil er mir so leid tut. Die Arbeit war ja nicht so notwendig; aber, du lieber Gott, der arme Kerl will doch auch leben!“

So lautet das Urteil, wo Einfalt und Bonismus sich vereinigen. Aber dergleichen jagt man Olaf nicht ins Gesicht, denn dann könnte es geschähen, daß sein gutmütiges Lächeln eine tolle Lache bekäme, die es in ein bitteres Grinsen verwandelte. Der treue Hund kommt zu einem reichenden Wolf werden.

Nein, man muß seiner Eitelkeit dadurch schmeicheln, daß man ihn lobt und ihn oft rufen läßt. Denn Johann Olaf besitzt wirklich seine Eitelkeit und seinen Ehrgeiz, obgleich diese Eigenschaft bei ihm von besonderer Art ist. Der einzige Wajazzo des Ortes zu sein, der ohne ein Wort die Verdrießlichsten zum Lächeln bringen kann, das schmeichelt seiner Eitelkeit. Sein Ehrgeiz besteht darin, alle möglichen Arbeiten in kürzester Zeit für die geringste Bezahlung ausführen zu können.

Als er als Junge das Vieh der Bauern hütete, bekam er dafür nichts weiter als schlechtes Essen und einige abgenutzte Kleidungsstücke und es fiel ihm niemals ein, daß er mehr dafür bekommen sollte. Seit der Zeit sind seine Ansprüche ans Leben nur äußerst wenig gestiegen. Der einzige „Lugus“, den er sich gönnt, besteht, nach seiner eignen Aussage, in einem bißchen Brantwein an den Weihnachtstagen und der rothaarigen Frau, die ihm schon Zwillinge geschenkt hat und mit dem zweiten Paare auf dem besten Wege zu sein scheint.

Gleich vielen seines Standes erscheint es ihm als seine einzige Kulturaufgabe, möglichst viele Individuen zur Welt zu bringen, die verdammt sind, seinen eignen „Beruf“ fortzuführen zu arbeiten, nur zu arbeiten, um nichts, wofern sie nicht ein wenig klüger werden als Johann oder die Welt sich ändert, ehe ihre Arbeitstage beginnen. Aber Johann läßt fünf gerade sein, laßt sein breitestes Lächeln und glaubt fest daran, daß er nicht mehr Erben bekommt, als ihm von der Vorsehung im voraus bestimmt sind. Denn Johann ist, trotz seiner Neigung, mit allem und allen zu scherzen, gleichwohl, im Grunde genommen, ein Raubgläubiger. Er ist ein großes Kind und das ist vielleicht ein Glück für ihn.



Marz. 1. d. d. 1000 Marz. (sonstige Ereignisse) Am 1. Marz...  
Marz. 1. d. d. 1000 Marz. (sonstige Ereignisse) Am 1. Marz...  
Marz. 1. d. d. 1000 Marz. (sonstige Ereignisse) Am 1. Marz...

**Wahlbesuch, 8. Februar. (Eine falsche Behauptung.)**  
In einer Zuschrift an das „Salzw. Wochenbl.“ fordert der Evangelische Arbeiterverein zur Sammlung von Geldern für die Bergarbeiter auf. In der Zuschrift wird behauptet, daß die Sozialdemokratie für den alten „sozialdemokratischen“ Bergarbeiterverband sammelt. Wir stellen hier fest, daß die Gelder, die von sozialdemokratischen Kreisen zur Unterstützung der Bergarbeiter aufgebracht werden, unterchiedslos den Streikenden zu kommen. Gleichzeitig sei bemerkt, daß es unzutreffend ist, daß „vor allem dem Einfluß des christlichen Verbandes der ruhige Verlauf der Bewegung zu verdanken ist“. An diesem Einfluß partizipieren die verschiedenen Organisationen mindestens zu gleichen Teilen.

**Schönebeck, 8. Februar. (Vollversammlung.)** Am 4. Februar fand im „Stadtpar.“ eine von etwa 2000 Personen besuchte Vollversammlung statt, in welcher unser neuer Reichstagsabgeordneter Genosse Adolf Liebrecht sprach. Bevor die Versammlung eröffnet wurde, hatte der Gesangsverein „Sängerschaft“ zwei Lieder gesungen. Die Tagesordnung der Versammlung lautete: 1. Was hat uns der Wahlkampf gelehrt? 2. Der Bergarbeiterstreik und seine Ursachen. 3. Die Revolution in Rußland. Zum 1. Punkt erörterte Genosse Albrecht die Kampfesweise unserer Gegner und forderte die Anwesenenden auf, unablässig für die sozialdemokratische Partei zu agitieren. Ein jeder, der sich Sozialdemokrat nennt, müsse dem sozialdemokratischen Volksverein beitreten und die „Volksstimme“ abonnieren. Dann sprach Genosse Albrecht über die Ursachen des Bergarbeiterstreiks und die Revolution in Rußland, die auf das Konto der furchtbaren Korruption und Mißwirtschaft der Regierung zu setzen ist. In einer Resolution, die allgemeine Zustimmung fand, wurde den streikenden Bergarbeitern moralische und materielle Unterstützung zugesagt. Gegen die Zustimmung, ohne bindende Garantien die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde energisch protestiert. Desgleichen wurde den russischen Arbeitern eine Sympathieerklärung ausgesprochen und gegen die russischen Menschenfleischhändler protestiert. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen.

**Schönebeck, 8. Februar. (Bäckerheiden.)** Zum Donnerstag nachmittag in voriger Woche war im Lokal des Herrn Rische, früher Neugebauer, eine öffentliche Bäckerversammlung einberufen, doch gelangten die sämtlichen Schönebecker Bäckerei durch Abwesenheit. Nur ein Meisterjunge, der Sohn des Bäckermeisters Hummel, wohlwolligen Vorstandes der Bäckerinnung, war erschienen, jedenfalls, um zu erkunden, ob auch kein Geselle die gefährliche Versammlung besuche. Alle Gesellen waren per Brief eingeladen. Daß die Briefe vor der Uebergabe an die Adressaten verloren gegangen sind, ist doch wohl kaum anzunehmen. Die Innung hat es versucht, die Versammlung durch Lokalstreik unmöglich zu machen. Ist doch der Wirt der Innung, Hefenbändler und Grünparvettkammer Daul, zum Inhaber des Restaurants gekommen, und hat verlangt, daß der Wirt sein Lokal zurückzugeben solle, sonst würde ihm die Bäckerherberge entzogen. Eine derartige Handlungsweise muß unter allen Umständen niedriger gefügt werden. Wie kommen die Herren dazu, auf der einen Seite die Organisierung der Bäcker unmöglich zu machen und auf der andern Seite von den organisierten Arbeitern zu verlangen, ihnen die Waren abzukaufen? Da wird der Konsumverein bald aufpassen müssen, weiße Ware und Kuchen zu kaufen, damit die Arbeiterchaft wegen des Frühstücks nicht mehr in der Notlage ist, den Innungsproben in die Hände gegeben zu sein. Wie wir aus sicherer Quelle entnehmen, geht der Konsumverein „Diene“ schon mit der Absicht um, die Weißbäckerei einzuführen.

**Seehausen, 8. Februar. (Kassereien.)** Der „Seehäuser Warte“ hat es wieder einmal unser Genosse Weibel angeht. Sie läßt sich folgenmaßen an:

„Weibel, der Herero-Häuptling. Der sozialdemokratische Abgeordnete August Weibel hat am 31. Januar im Reichstag sich wieder einmal eine pöbelhafte Beschimpfung der deutschen Armee zuschicken lassen. Er war unverschämter genug zu sagen, eine Kriegsführung wie General von Trotha könne jeder Metzgerknecht leisten. Das spricht er von einem im Felde stehenden deutschen General, der die schwierige Aufgabe des Kampfes gegen die Hereros in der Hauptache mit geringen Mitteln und mit Ueberwindung der größten Nimmischen und völligen Schwierigkeiten lösen gelöst hat. Diese Schmähung schließt eine Beleidigung der ganzen Armee ein, wenigstens empfindet sie jeder deutsche Soldat als eine solche. Das Reichstagspräsidium aber schweig zu der unerhörten Beschimpfung! — Ja, hat es denn gar kein Mittel, solche Verhöhnungen disziplinarisch zu rügen? Wenn keine vorhanden, so sollten sie geschaffen werden. Um übrigen sollten wir mehren, das Präsidium wäre schon bei andern Verhöhnungen über Abwesende eingegriffen. Die Mehrheit des Reichstags und die Regierungsberechtigten aber sollten es nun doch überlegen, wie man solchem Verhalten die Spitze abbrechen kann!“

Wenn doch bald der „starke Mann“ käme, der die unbedeuten und verhassten Sozi bei Kopf und Kragen nehmen und zum Reichstagspotentempel hinausschleppen könnte! —

**Staufurt, 8. Februar. (Stadtverordnetenversammlung.)**  
Gegen die Wahl der nachgewählten Stadtverordneten ist ein Einspruch nicht erhoben worden. Zu das Sparrassen-Kuratorium werden die Stadtd. Mendorf und Wehne, aus der Bürgererschaft Herr Wernicke gewählt. Bei dieser Gelegenheit regt Herr Fröhlich an, die Sparrasse solle mehr Gewicht auf die Beilehung Staufurter Grundstücke legen. Herr Bürgermeister Reinhard erklärt, daß die Sparrasse darin sehr vorsichtig sein müsse und namentlich solche Häuser nicht beleihen könne, die wegen früherer Bergschäden vom Risiko bereits abgefunden seien. Dem Frauensverein werden anstatt der bisherigen 400 Marz pro Jahr 1000 Marz bewilligt. Wegen des bevorstehenden Umbaus der Eisenbahnüberführung in der Rollstraße soll die Eisenbahnbehörde beim der Verkehrsminister gebeten werden, die Straße an dieser Stelle, namentlich den Fußweg zu verbreitern. Das Projekt, das am Teufelsfuchenberg aufgeschlossene Grundwasser nutzbar zu machen, zeitigte eine längere Diskussion. Der Vorsteher, Herr Sauerbrey, und Herr Bürgermeister Reinhard gaben ausführliche Erläuterungen zu dem Projekt. Diese betrafen im wesentlichen, daß die Stadt dadurch vom Döbawasser und den Rechten der Mühlengemeinschaft unabhängig werden würde. Vermutlich würde im Spätsommer die Regulierung der Bode oberhalb der Pumpsation stattfinden und eine bedeutende Verunreinigung des Wassers in der Bode herbeiführen. Verschlämmung der Bode, Beschädigung der Maschinen, für die Industrie unbrauchbares Wasser würden die unausschließlichen Folgen sein. Daher müsse die Sache schnell in Angriff genommen werden. Die Kostenanschläge könnten noch nicht vorgelegt werden, aber die Stadtverordneten-Versammlung möge sich im Prinzip dafür entscheiden, damit die Konzession der Regierung alsbald nachgefragt werden könne. Mit diesem Projekt ist zugleich eine Aenderung der Maschinenanlage verbunden, die durch bessere und rationelle Ausnutzung auf eine stark gesteigerte Leistungsfähigkeit gebracht werden soll, ohne zu viel Kosten zu verursachen. Herr Biervogel spricht dagegen. Das Wasser ist für die Dampfesselspeisung wegen seines hohen Gehalts an Kalksalz (5,9 bis 7,4 Prozent) untauglich. Herr Sauerbrey macht darauf aufmerksam, daß hinsichtlich zur Kesselspeisung Trinkwasser verwendet werden soll, das durch den Aufschluß in Wörsede in genügender Menge vorhanden ist. Herr Biervogel findet dieses Wasser zu hart und

bezeichnet, daß die Regulierung der Bode von der Umbauung aus vorgenommen und daß die Bode oberhalb Wörsede in einem Bache nicht mehr in Angriff genommen werden müsse. Herr Biervogel wandert sich über die niedrigen Kosten, soweit für sich veranschlagt sind und findet, daß die Kostenanschläge des Stadtbauamtes (Hindolf) selten guttastend sind. Nachdem mehrere Redner für die Verlegung gesprochen haben, wird die bereits bestehende Kommission um die Herren Wiegand, Wenz und Biervogel verstärkt. Die Kommission soll die Sache nochmals prüfen und dann soll in einer späteren Sitzung Beschluß gefaßt werden. Im Gegenfall zu dieser langen Diskussion wird die Angelegenheit des in Wörsede neu erworbenen Bode's desbattelos beschlossen. Die Wasserwerks-Rassenrechnung pro 1902 und Armenlastenrechnung pro 1902 werden genehmigt, dem Rentanten wird Entlastung erteilt. Zu letzterem Punkte bemerkt Herr Bürgermeister Reinhard, daß die Armenlasten infolge der Fürsorgeerziehung angewachsen sind und daß aus diesem Grunde ein weiteres Anwachsen zu erwarten ist, da vermutlich die Kinder von Hausbestreitern am Wächterplatz in Fürsorgeerziehung gegeben werden müssen.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei Dommitzsch**  
wurde im Königl. Forst die Reize des 60-jährigen Dachdebergellen Nitlow aus Vorhaus aufgefunden. Der Tote ist wahrscheinlich einem Schlaganfall erlegen. — Der in Erfurt gemachte Wärsenfund ist von ziemlicher Bedeutung. Ein Fachmann hat festgestellt, daß die Münzen aus dem 12. Jahrhundert stammen. Es sind Silbermünzen, die insgesamt 80 kg wiegen. Sie befanden sich in einer kunstvoll gearbeiteten Baise.

## Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg.  
Sitzung vom 7. Februar 1905.

Wegen Diebstahls und Hehlerei sind angeklagt: 1. der Arbeiter Albert Zahn, geboren 1884; 2. der Arbeiter Hugo Albrecht, geboren 1884; 3. der Handelsmann Karl Hande, geboren 1858; 4. der Schmied Walter Müller, geboren 1881; 5. der Schmied Gustav Ewert, geboren 1887, von hier. Albrecht stahl im November 1904 von der Straße und aus Häusern zweimal je ein Fahrrad; ferner gemeinschaftlich mit zwei nicht ermittelten Personen ein Rad und gemeinschaftlich mit Ewert zwei Räder. Davon brachten Zahn ein Rad für 15 Marz und Hande drei Räder für zusammen 60 Marz an sich, die dann verändert wurden, um sie unkenntlich zu machen. Müller, der bei dem einen Diebstahl hinzugekommen war, erhielt von Albrecht 3 Marz als Schmeißgeld. Die Kammer verurteilte Zahn wegen einfacher Hehlerei zu 6 Wochen Gefängnis; Albrecht wegen Diebstahls in fünf Fällen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis; Hande wegen einfacher Hehlerei zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht; Ewert wegen Diebstahls in zwei Fällen zusätzlich zu 6 Monaten Gefängnis. Müller wurde freigesprochen.

**Diebstahl.** Der Arbeiter Paul Rackow, geboren 1885, und der Arbeiter Ernst Borrman, geboren 1879, hier, führten am 7. Dezember 1904 abends in der „Zentralhalle“ einen Einbruchdiebstahl aus, um Geld zu holen, fanden aber die Geldtasche nicht. R. stahl daher nur eine Kiste Zigarren und einen Karton mit 100 Stück Zigaretten. Rackow, der vorbestraft ist, trafen wegen vollendeten schweren Diebstahls 9 Monate Gefängnis; Borrman wegen versuchten schweren Diebstahls 4 Monate Gefängnis.

**Diebstahl.** Der Arbeiter Albert Langer hier, geboren 1874, wurde vom Schöffengericht am 16. Dezember 1904 wegen Diebstahls zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die eingelegte Berufung wurde zurückgenommen.

**Ein diebischer Kollege.** Der vorbestrafte Kellner Willi Garnisch hier, geboren 1882, erbrach am 5. Dezember 1904 im „Teufelsfuchsbund“ das Zimmer des Kellners Sabotinski und stahl eine Taschenuhr, einen Revolver, einen Revolver, zwei Kravattennadeln, einen Stehkragen und ein Portemonnaie mit 8 Marz Inhalt. Der Angeklagte erhielt 9 Monate Gefängnis.

**Ein diebischer Kollege.** Der Bäckergehilfe Otto Klügel aus Bernburg, geboren 1882, erbrach am 14. August 1904 bei seinem Meister zu Parchau den Koffer des Gefellen Ebel und stahl Kleingeldstücke. Da wiederholter Mißfall vorliegt, lautete das Urteil auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

**Erfolgreiche Berufung.** Das hiesige Schöffengericht verurteilte am 15. November 1904 den Arbeiter Friedrich Krüger zu Diebstahl, geboren 1866, wegen Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung in Anbetracht der Vorstrafen zu 3 Monaten Gefängnis, und den Arbeiter Wilhelm Krüger daselbst, geboren 1877, wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu 3 Wochen Gefängnis. Der Vorfall ereignete sich am 13. September 1904 zwischen den Angeklagten, dem Hauswirt Grub und seiner Tochter. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf, belegte Friedrich Krüger nur mit 50 Marz Geldstrafe und sprach Wilhelm Krüger frei.

**Zur Reparatur der Chre mit Schießgewehren.** Mit einer Skandal-Affäre in Clausthal, die ein Pistolenduell im Gefolge hatte, beschäftigte sich die Strafkammer in Göttingen. Der Berg-Abolument Otto Pütter und der Diplom-Ingenieur Friederich Wittelsbach aus Berlin hatten sich, der eine wegen Zweikampfs, der andere wegen Kartelltragens zu verantworten. In Clausthal, wo beide studierten, entstand ein Gerücht, nach welchem zwischen einem oder mehreren Studenten und einer von einem Dozenten der Berg-Abolument in die Gesellschaft eingeführten Dame intime Beziehungen beständen. Infolge der hierdurch entstandenen Komplikationen brach der Geh. Vergrat Köhler den gesellschaftlichen Verkehr mit Pütter durch eine schriftliche Mitteilung ab, in welcher er ihm eröffnete, er (Pütter) brauche auf eine Erwiderung seines Grufes nicht mehr zu rechnen. Der Sohn des Geheimrats erklärte sich mit seinem Vater solidarisch, indem er sich dessen Erklärung anschloß. Pütter hatte daraufhin den Berg-Abolument Köhler auf Pistolen gefordert, und zwar fungierte Wittelsbach als Kartellträger. Es wurde ein Pistolenduell auf zehn Schritte Distanz bei dreimaligem Kugelwechsel festgesetzt, jedoch milderte der Ehrenrat die Bedingungen auf 15 Schritte bei einmaligem Kugelwechsel. Das Duell verlief unblutig. Entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, der auf 3 Monate Festung lautete, erkannte das Gericht gegen Pütter auf 4 Monate Festungshaft, Wittelsbach erhielt 3 Tage Festung. Berg-Abolument Köhler ist als Reserveoffizier vom Kriegsgesetz bereits zu 3 Monaten Festungshaft verurteilt worden.

**Der „juristisch gebildete“ Fabrikant.** In einer weinseligen Laune befand sich der Fabrikant Karl Rißer von Gießen, als er am 6. November auf dem Hauptbahnhof zu Frankfurt einen Morast machte. Er kam mit seiner Frau von einem Wingerfest und hatte außerdem in Frankfurt noch einige Schoppen hinter die Binde geschoben. Schon am Postkaffee benahm er sich so unanständig, daß ein Kaufmann sich dies verbitten mußte. Bei dieser Gelegenheit schlug er den Wagenbauer Maibaum links und rechts an die Ohren. „Hier ist meine Karte, wenn sie was wollen; ich bin Meister-Vizepräsident!“ sagte er recht prahlend zu Maibaum. Als jetzt der „juristisch gebildete“ Fabrikant, wie er sich selbst nannte, auf die Waage gebracht werden sollte, gebärdete er sich wie rasend. „Sie Drecksack, ich haue Ihnen ein paar runter!“ meinte er zu dem Schulmanns Pfannmüller. Auch letztere er diesem Widerstand. Nur mit großer Mühe konnte er auf die Waage gebracht werden; hier ging dann der Krach wieder los. „Telegraphiere mal an Wilhelm (gemeint war der Kaiser) und an Schulenburg, damit die wissen, wie es einem in Frankfurt geht“, sagte der

„juristisch gebildete“ Fabrikant zu seiner Frau. Und daraufhin erblies einen andern Schenkenmann durch Wörsede, ein „Mittel“ und „Brot“ hier. Die Hauptstrafe beträgt hier in Höhe von 100 Marz, was aber nicht die Hälfte der Strafe ist, die er wegen eines anderen Verbrechens erhalten hat. Das Gericht in Frankfurt bewertete die Ungehörlichkeiten und Missetaten der „gebildeten“ Angeklagten sehr, sehr gering. Für die zwei Verurteilten wurden 90 Marz angelegt; für den Oberhand ebenfalls 90 Marz. Die Beileidigung des Schulmanns Pfannmüller trug ihm 50 Marz und die des Schulmanns Kraft 20 Marz ein. Das wäre also für vier Vergehen eine Gesamtschafe von 190 Marz.

**Ein Werdarm als Unberücksichtigter.** Sieben Jahre Buchhaus, 1860 Marz Geldstrafe ev. weitere 110 Tage Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust distierte die Strafkammer des Landgerichts Nürnberg dem ehemals in Frankfurt staltioniert gewesenen Werdarmen Johann Honeder aus Oberbach (Walg) zu. Honeder ist getraut, seiner Frau, einem braven fleißigen Mädchen (Zigarrenverkäuferin in Nürnberg) 788 Marz heraufgelockt bzw. dieselbe um diesen Betrag beschwindelt zu haben. Nebenbei hatte er aber noch mit fünf andern Mädchen Liebesverhältnisse unterhalten. In Saarbrücken stahl er bei einem Uhrmacher drei Uhren und vier Ketten und verpfändete dieselben im Leihhause zu Würzburg. Dem Bauern Endres in Kemnaten, der Kassierer des dortigen Kaffeisensereins ist, stellte er sich als „Regierungsskat“ vor, wobei er bemerkte, daß er gekommen sei, um die Kaffe zu revidieren. Zunächst schloß er die Kasse ab und dann wurde Kaffeisur vorgenommen. Während Endres das Silber und Honeder das Gold zählte, ließ er 180 Marz in seiner Tasche verschwinden, ohne daß es der Kassierer momentan merkte. Dann empfahl sich der „Herr Regierungsskat“. Vom Dezember 1903 bis April 1904 logierte Honeder sich bei dem Gastwirt Joh. Piesch in Steinbach am Wald ein. Diesem gegenüber machte er wieder die falsche Angabe, daß er ein Ingenieur bei Hüpsel in Nürnberg sei und daß er für dieses Geschäft in einer der benachbarten Gemeinden den Bau einer Wasserleitung zu projektieren und auszuführen habe. Wirt Piesch gab dem Schwindler nicht nur Quartier, Kost und Verpflegung, sondern auch noch erhebliche Vorküsse.

## Vermischte Nachrichten.

**Der „Simplicissimus“, die Wirte und die Theologen.** Aus Gießen wird geschrieben: Die Studierenden der Theologie an unserer Hochschule haben nicht nur beschlossen, den „Simplicissimus“ nicht mehr zu lesen, sondern auch darauf zu dringen, daß die Wirte, bei denen sie verkehren, das Blatt nicht mehr abonnieren. Man droht den Wirten, ihre Lokale zu meiden, wenn sie ferner das Blatt öffentlich auslegen. Diese Anstinnen hat bisher nur ein einziger Restaurateur Folge gegeben. Der größte Teil der Studenten aller andern Fächer lehnt sich sehr energisch gegen diesen Schritt der Theologen auf. Am meisten aber sind die Wirte enttäuscht darüber, daß man sie denjenigen ihrer Gäste gegenüber, die das Blatt lesen wollen, in eine unangenehme Zwangslage bringen will. In den nächsten Tagen wird sich eine Wirte-Versammlung mit der Angelegenheit befassen. Ja, sind die Theologen denn so eifrige Gäste, daß die Wirte Rücksicht auf sie nehmen müssen? Das läßt ja tief blicken!

**Submissionsblüten.** Das Submissionswesen zeitigt immer schlimmere Auswüchse. Konten wir jüngst über eine Submissionsdifferenz von 435 000 Marz bei Offerten um Erdarbeiten im Hannoverschen berichten, so ist dieser Submissionsrekord bereits wieder geschlagen. In Mainz waren, wie der „Steinarbeiter“ berichtet, die Arbeiten und Lieferungen zur Trandesegebung eines 1200 Meter langen Tunnels zu vergeben. Das Höchstgebot betrug 1 144 000 M., der Mindestfordernde verlangte 92 610 M. — Die Differenz betrug also 1 051 390 M.

## Kleine Chronik.

**Ein freigebiger Gemeinderat.**  
Sächsishe Blätter berichten, daß der Gemeinderat der Stadt Callenberg beschlossen hat, vom 1. Juni ab jedes in dem Orte geborene Kind nach dem ersten Lebensjahre mit einem Sparkastchenbuch zu beschenken. Ob es bloß ein Buch oder dazu auch Moneten gibt, wird nicht gemeldet. Das Buch allein wird zum Sparen — denn die Einwohner dazu anzuregen, soll der Grund der Einrichtung sein — keinen Anlaß geben. Die Arbeiter müssen sich schon aufziehen geben, wenn sie mit ihrem spärlichen Einkommen so hausväterlich wirtschaften, daß sie keine Schulden zu machen brauchen.

**Ein Baunglück.**  
Ein Baunglück ereignete sich in Wernsdorf bei Chemnitz. Dort wird der Rest des im vorigen Jahre abgebrannten „Jägerhäuschen“ aufgeführt. Beim Abbruch des wirtlichen Schanklokaltes stürzten zwei Mauern ein. Ein Maurer wurde tot, ein anderer ist einem Unterschenkeldruck vom Blase getragen.

**Ein ungetreuer Postbeamter.**  
In Ruhnow bei Stettin ist der Postverwalter Krohn verhaftet worden. Bei der Revision wurden größere Unterschlagungen entdeckt. Krohn ist geständig.

**Ein neuer zoologischer Garten.**  
Ein zoologischer Garten in großem Maße soll in Lübeck angelegt werden. Das Terrain wird vom Staate unentgeltlich gegeben.

**Große Betrügereien.**  
Am 21. Februar beginnt vor dem Dresdner Landgericht ein Prozeß wegen Betrügereien, die in die Hunderttausende gehen, gegen den Leutnant a. D. v. Grabow (Berlin), die Kaufleute Gildbrandt-Magdeburg und Schröder-Leipzig sowie den Bankspekulant Singer-Dresden.

## Vereins-Kalender.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** Versammlungen finden statt: Sonnabend den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Alte Markt in der „Krone“; Bezirk Döbberdorf im Lokale des Herrn Gildbrandt; Bezirk Cracau-Prater in der „Schweizerhalle“; Branche der Spezialisten und Klempner bei E. Thiering. Sonntag den 12. Februar, nachm. 3 Uhr: Branche der Formier, sowie sämtlicher Eisenarbeiter in der „Gendarmen“. Montag den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Sudenburg in der „Berliner Bierhalle“. Außerdem finden für den Bezirk Ferneraleben in L. Salze und W. Esterhäfen im E. Stiller'schen Lokale und für den Bezirk Oldenburg im Meleboischen Lokale am Sonnabend den 11. d. M., abends 8 Uhr, Winterbergnügen statt. Siehe Inserat morgen.

**Zentralverband der Schmiede. (Böhmische Magdeburg.)** Donnerstag den 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Versammlung bei G. Böhm, Al. Klosterstraße 15-16. Pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

**Groß-Otterleben. Zentralverband der Maurer.** Sonntag den 12. Febr., nachm. 3 Uhr, Mittgl.-Versammlung bei Strunow. Vollzähl. Erscheinen notwendig.

**Briefkasten.**

W. Burg und andre, die es angeht. Wir bitten dringend, bei Einsendungen nur Schmalz-Papier zu verwenden und dieses nur auf einer Seite zu beschreiben.

M. R., Geln. 1. Der Beitrag zur Alters- und Invaliden-Versicherung richtet sich nicht nach dem Stundenlohn, sondern nach dem Jahresverdienst, d. h. dem 800fachen Betrag des durchschnittlichen Tageslohns gewöhnlicher Tagelöhner, soweit nicht die höhere Verwaltungs-

Bestand für einen... einen andern Betrag festgesetzt hat. Nach § 616 BGB. hat der Arbeiter ein Recht auf 14 tägige Lohnentschädigung; es wird aber festgestellt sein, ob der Geschädigte bei Eintritt des Arbeitsverhältnisses auf die Vorteile dieses Paragraphen nicht ausdrücklich verzichtet hat. 3. Ihre Eingabe war nicht als solche bezeichnet, deshalb der Nachruf.

Burg. Zur Deckung der Unkosten bei der letzten Wahl gingen noch ein: V. 81: 1,50, B. 88: 2,25, Ertragsliste der Handschuhmacher (bei der ersten Veröffentlichung übersehen) 27,06 M. C. Naturb.

Wahlkreis Calbe-Mühlhausen. Im Monat Januar sind bei der Kreisliste eingegangen aus Schöneberg 50 Mark, vom „Cho“ Hamburg 5 Mark, aus Althausen 100 Mark, aus Budy 30 Mark. Wigorewski.

Gewerbegerichts-Beisitzer. Sitzung Donnerstag den 9. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Wöhme, Al. Klosterstraße 15-16.

**Nähmaschinen-Reparaturen.**  
Reparaturen an Nähmaschinen, auch Spezialmaschinen aller Systeme und Fabrikate werden sofort und sachgemäß in unserer Reparaturwerkstatt ausgeführt. Erfahrene und fleißige Arbeiter in unseren Maschinen sowie Garn, Seide und Maschinenöl halten stets zu den billigsten Preisen auf Lager.  
Singer Co. Nähmaschinen Akt.-Ges.  
Magdeburg, Breitenweg 189/190.

Durch ausserordentlich günstigen Einkauf sind wir in der Lage, eine sehr grosse Auswahl  
**Couplets**  
(Solos, Duette usw.)  
... ersetzen und halteren Inhalts zum halben Preise abzugeben  
**Auf jedes Stück 50 Proz. Rabatt.**  
Buchhandlung Volksstimme

**Richard Göthling**  
Tischlermeister  
Magdeburg-Neustadt  
Möbel- und Polster-Werkstätten  
Mittagstraße 41. 2348  
Sarg-Ausstattungs-Magazin  
Ornamente und Trauerdekorationen.  
Neu eröffnet! Schmidtstr. 48 Neu eröffnet!  
Reelle Bedienung. — Billigste Preise.

**Gibt es eine Seele?**  
Von  
**Dr. Kramer**  
Preis 15 Pfennig  
Buchhandlung Volksstimme  
49 Jakobstrasse 49

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Bezirke Formersleben, Salbke und Westerhüsen.  
Sonntag den 11. Februar  
abends 8 Uhr  
**Gemeinsames Wintervergnügen**  
im  
**Lokale des Kollegen Ernst Stiller**  
unter Mitwirkung befreundeter  
**Turn- und Gesangsvereine**  
Der gesamte Ueberschuß wird an die streikenden Bergarbeiter abgeandt.  
Entree à Person 10 Pfennig.  
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

**Halberstadt.**  
**Danksagung.**  
Für die anlässlich des Hinscheidens unserer teuren Entschlafenen in so reichem Maße erwiesene Teilnahme sprechen wir hierdurch unsern tiefgefühltesten Dank aus.  
**Karl Schönfeld** nebst Kindern.

**Stierwald, 62 J. 11 M. 19 J.**  
Marie geb. Wilde, Ehefrau des Arbeiters Heinrich Lampe, 54 J. 7 M. Witwe Marie Mann geb. Bäcker, 87 J. 6 M. 28 J. Otto, Benje, Zeitungs-Expeditant a. D., 74 J. 11 M. 13 J. Andreas Schöna, Privatmann, 72 J. 11 M. 13 J. Witwe Emilie Altmann geb. Schmidt, 79 J. 3 M. Heinrich Lang, Privatmann, 81 J. 11 J.

**Achtung! Zigaretten-Raucher**  
„Wau-Wau“-Zigaretten 10 Stück 20 Pf., pikant  
Original „Sirawa“-Zigaretten 10 Stück 20 Pf., leicht  
„Ni-o-ne“-Zigaretten 10 Stück 30 Pf., mittel  
Garantie für rein türkische Tabake und Handarbeit. Man verlange in 954 Zigaretten-Geschäften obige Marken.  
**Tabak- u. Zigaretten-Fabrik „Tiekigino“**

**Naturheilverein Priessnitz-Kneipp.**  
(Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise.)  
Donnerstag den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Richards Festhallen, Apfelstraße 9  
Vortrag des 2. Bundesvorsitzenden: E. Köhler-Berlin über das Thema:  
**Ist das Diphtherie-Serum ein Heilmittel?**  
Eintritt für unsere Mitglieder frei! Gäste 30 Pf.!

**Lobesanzeige.**  
Am Montag früh verschied sanft nach kurzem Leiden im 44. Lebensjahr meine liebe Frau und meine gute Mutter  
**Marie Vinzelberg**  
geb. Schmidt.  
Um stille Teilnahme bitten  
M.-Wilhelmstr., Belfortstr. C.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Friedrich Vinzelberg**  
1010 und Sohn.  
Die Beerdigung findet Donnerstag mittag um 12 1/4 Uhr auf dem Bestriedhof statt.

**Sudenburg, 7. Februar.**  
Geburten: Elsa, T. des Eisenb.-Schaffn. Friedr. Bollin. Johanna Ella Paula, unehel.  
**Lobesfälle:** Dienstm. Math. Hege, 53 J. 11 M. 12 J. Arb. Heine, 65 J. 10 M. 20 J. Willi, S. des Arb. Gustav Hege, 3 J. 1 M. 6 J. Karl, S. des Arb. Joh. Modrow, 3 M. 4 J. Wwe. Floride geb. Ebers, 62 J. 11 M. 18 J. Privatm. Theod. Freyhan, 70 J. 7 M. 19 J. Wwe. Marie Mittel geb. Kleinode, 58 J. 2 M. 15 J. Margarete, T. des Eisenb.-Arb. Otto Weistopf, 1 M. 23 J.

**Diese Woche!**  
**Sudenburg.**  
Garantiert reines, feines  
**Schmalz**  
3385 das Pfd. 45 Pf. 5 Prozent Rabatt.  
Butterhandlung Edelweiss  
Inh.: J. Lehmann  
Sudenburg  
Halberstädterstr. 40

**Schlachtfest.**  
**Restaurant 1011**  
**W. Lackenmacher**  
Dittenbergstraße 13.  
Küchenzettel  
bes Magdeburger Volksküche  
Gr. Marktstr. 21.  
Donnerstag: Weiße Bohnen mit Hammelfleisch.  
Sa. Nachl. d. Schneid. erl. sof. a. April.  
A. Weber, Brandenburgerstr. 7, II.

**Arbeiter-Verein „Amicitia“, Biederitz**  
hält sein diesjähriges  
**Winter-Vergnügen**  
am Sonnabend den 11. Februar 1905, abends 8 Uhr  
im Gesellschaftshaus „Zur Krone“, Alte Neustadt, Rosenstraße 43, ab.  
— Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. —  
3382 **Der Vorstand.**

**Lobesanzeige.**  
Dienstag früh entschlief sanft nach kurzer aber schwerem Krankenlager mein innigst geliebter Mann, unser herzenguter Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Militärinvalide  
**Julius Schmidt**  
im 37. Lebensjahre. 1009  
Um stilles Verleide bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Neustadt, den 7. Februar.  
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 1/3 Uhr vom Trauerhause, Hundsbürgerstraße 18, aus statt.

**Stierwald, 62 J. 11 M. 19 J.**  
Marie geb. Wilde, Ehefrau des Arbeiters Heinrich Lampe, 54 J. 7 M. Witwe Marie Mann geb. Bäcker, 87 J. 6 M. 28 J. Otto, Benje, Zeitungs-Expeditant a. D., 74 J. 11 M. 13 J. Andreas Schöna, Privatmann, 72 J. 11 M. 13 J. Witwe Emilie Altmann geb. Schmidt, 79 J. 3 M. Heinrich Lang, Privatmann, 81 J. 11 J.

**Wascht mit Schwan**  
**Gänsefett**  
garantiert rein, Pfd. 1,20  
bei Weinberg, Beckersstr. 1a.

**Kaiser-Panorama**  
Magdeburg, Breiteweg 134, I.  
Altes Stadttheater.  
Das Riesengebirge in Eis und Schnee.  
Eine interessante Reise in Anam.

**Cracau-Prester.**  
Donnerstag den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Schweizerhalle“  
**Oeffentliche Frauenversammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Die Frau und der preussische Parteitag. Referentin: Frau Schmielewski-Magdeburg.  
2. Wahl einer Vertrauensperson.  
Die neuen Mitgliedslisten werden ausgegeben. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Die Einberufung.

**Standesamt.**  
Magdeburg, 7. Februar.  
Aufgebote: Apotheker Karl Emil Bredin in Oldenburg mit Helene Auguste Wintler in Bremen. Schmied Moriz Albr. Rade mit Anna Arnold in Schmarleben. Kaufmann Paul Gumprecht in Berlin mit Anna Müller hier. Eisenbahnarbeiter Albert Janide mit Berta Jate. Arbeiter Franz Seeger mit Marie Neufam. Postbote Gustav Wehr mit Elisabeth Arndt. Kutscher Paul Waeßing mit Emma Rade. Bureauvorsteher Otto Dünkel mit Martha Semmler. Telegr.-Arb. Otto Kerstau mit Anna Köhn. Metallarbeiter Kurt Nischke mit Dittie Kusche. Tapezierer Otto Genthe mit Hermine Brüggemann.  
Geburten: Jgnaz, S. des Malers Wilhelm Arndt. Arno, S. des Versicherungsbeamten August Quandt. Walter, S. des Arbeiters Hermann Schierwage. Erna, T. des Friseurs Richard Zimmermann. Günther, S. des Produzenten Arthur Campe. Anna, T. des Buchbinders Ant. Bachmann. Charlotte, T. des Schriftsetzers Joh. Kunzmann. Willi, T. des Arbeiters Fritz Weiß. Charlotte, T. des Geschäftsfreudigen Otto Pädler. Walter, S. des Malers Richard Mittag. Fritz, S. des Arbeiters Friedrich Böb. Hedwig, T. des Arbeiters Wilhelm Kneul.

**Stierwald, 62 J. 11 M. 19 J.**  
Marie geb. Wilde, Ehefrau des Arbeiters Heinrich Lampe, 54 J. 7 M. Witwe Marie Mann geb. Bäcker, 87 J. 6 M. 28 J. Otto, Benje, Zeitungs-Expeditant a. D., 74 J. 11 M. 13 J. Andreas Schöna, Privatmann, 72 J. 11 M. 13 J. Witwe Emilie Altmann geb. Schmidt, 79 J. 3 M. Heinrich Lang, Privatmann, 81 J. 11 J.

**Ringäpfel**  
ehr ergiebig, vorzügl. zu Apfelsaft  
das Pfd. nur 30 Pf.  
**Pflaumen** Pfd. 20 Pf.  
3385 5/6 Rabatt 5/6  
**Butterhdg. Edelweiss**  
Inh.: J. Lehmann  
40 Sudenburg  
Halberstädterstr. 40

**Im Zirkus.**  
**Das Erntel Kains**  
Groß. Entenstübchen in 5 Akten  
Preise der Plätze:  
Galerie 35 Pf., 2. Rang 55 Pf.;  
1. Rang 80 Pf., Saal 1,05,  
jedoch zahlen die Abonnenten  
unter Zahlung gegen Vorzei-  
gung der Abonnementsquittung  
auf allen Plätzen halbe Konten-  
preise, auch sind Reparaturen  
gültig.

**Generalversammlung**  
der Mitglieder der  
**Neustadt-Magdeburger Maurergesellen-Franken-**  
**Unterstützungskasse**  
(Eingekleidete Hilfs- und Zuschusskasse)  
1004  
Sonntag den 12. Februar, vormittags 11 Uhr  
bei A. Bartels, Fabrikstraße 5 und 6.  
Tages-Ordnung:  
1. Kasienbericht vom Jahre 1904. 2. Vorstandswahl und Beschiedenes.  
Um zahlreiches Besuch bitten  
**Der Vorstand.**

**Stierwald, 62 J. 11 M. 19 J.**  
Marie geb. Wilde, Ehefrau des Arbeiters Heinrich Lampe, 54 J. 7 M. Witwe Marie Mann geb. Bäcker, 87 J. 6 M. 28 J. Otto, Benje, Zeitungs-Expeditant a. D., 74 J. 11 M. 13 J. Andreas Schöna, Privatmann, 72 J. 11 M. 13 J. Witwe Emilie Altmann geb. Schmidt, 79 J. 3 M. Heinrich Lang, Privatmann, 81 J. 11 J.

**Frische Wurst!**  
Sonnabend  
**Wilk. Brandt**  
2391 Friedrichsplatz 3.  
Sünderstraße 1a.

**Stadt-Theater.**  
Donnerstag den 9. Februar 1905.  
**Die Götterdämmerung.**  
Sonntag den 12. Februar 1905.  
Nachmittags 3 Uhr:  
Sollervorstellung (alle Plätze 40 Pf.,  
Galerie 25 Pf., ohne Garderobe).  
**Die Primat.**

**Wernigerode.**  
**Achtung, Metallarbeiter!**  
Sonntag den 11. Februar, abends 8 Uhr, in  
„Stadt Stolberg“ (Stürmer)  
**Oeffentl. Metallarbeiter-Versammlung**  
Referent: Alwin Brandes, Magdeburg.  
Zu dieser Versammlung sind sämtliche Metallarbeiter herzlich  
willkommen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Stierwald, 62 J. 11 M. 19 J.**  
Marie geb. Wilde, Ehefrau des Arbeiters Heinrich Lampe, 54 J. 7 M. Witwe Marie Mann geb. Bäcker, 87 J. 6 M. 28 J. Otto, Benje, Zeitungs-Expeditant a. D., 74 J. 11 M. 13 J. Andreas Schöna, Privatmann, 72 J. 11 M. 13 J. Witwe Emilie Altmann geb. Schmidt, 79 J. 3 M. Heinrich Lang, Privatmann, 81 J. 11 J.

**Freie Religions-**  
**Gesellschaft.**  
Gemeindeversammlung Frei-  
tag den 10. Februar, abends 8 1/2  
Uhr, im Gemeindehause, Markt-  
straße 1. Erwünscht ist das Er-  
scheinen sämtlicher Mitglieder a.-  
über Neustadt.

**Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.**  
Große Mühlstraße 1a. (Telephon-Nr. 2811.)  
an organisierte Arbeiter in gewerblichen Erwerbstätigen, Alters-  
Invaliden, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerkschaft, Vereins-  
und Berufswahlrecht sowie Arbeiterschutz. Bewilligung von Be-  
schwerden an den Schwab.-Inspektor. — Verbandsschub legitimiert.

abgeschlossen werden müssen. Wenn man von Seiten der Arbeiter verlangt, die Verträge innig zu halten, und von dieser Seite werden sie respektiert, dann dürfen auch die Unternehmer die Verträge nicht willkürlich durchbrechen oder zu durchbrechen versuchen. Es ist die höchste Zeit, daß die Mitglieder der Siebener-Kommission als Vertreter von gleichberechtigten Organisationen und nicht bloß, wie es jetzt geschieht, als Arbeitnehmer schlechthin betrachtet werden. Gerade weil die Unternehmer darauf ausgehen, die Organisationen der Arbeiter zu schädigen, mußte mit um so größerem Nachdruck die Anerkennung derselben betont werden. Jeder fordert die Versammlung auf, sich zu erklären, ob so wie bisher oder in präzisierter Weise gearbeitet werden soll. (Beifall.)

Busch (Maurer) bemängelt die anscheinend eingerissene Lausheit unter den Mitgliedern der verschiedenen Organisationen. Wenn die Unternehmer die gemeinsam geschlossenen Verträge nicht halten, dann kann auch ohne solche gearbeitet werden. Wer dabei aber den kürzeren zieht, dürfte sich sehr bald herankommen. Wenn wieder Verträge abgeschlossen werden sollten, dann kann dies nur geschehen, indem Verbesserungen geschaffen werden. Unter keinen Umständen dürfen in eine Mediierung der Löhne gewilligt werden.

Fischer (Bauarbeiter) teilt mit, daß das Verhalten der Unternehmer auf das Schreckliche. Das Kantinenwesen, die Vorschriften über die Bauarbeiten, die Feiertagsregulierung, alles ist nicht so von den Arbeitnehmern eingehalten, wie es im allgemeinen Tarif vereinbart ist. Es mußte einmal Klipp und Klar ausgesprochen werden, daß nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer die Vertragsbrecher gewesen sind.

Golke (Bauarbeiter) verlangt, daß die Unternehmern gestungen werden, die Vertrauensmänner der einzelnen Organisationen anzuerkennen, damit Mahreglungen vermieden werden. Damit wird die Diskussion über den ersten Punkt der Tagesordnung geschlossen. Es folgt die

**Stellungnahme zum diesjährigen Lohn- und Arbeitsvertrag.**

Ein Antrag von Stettin, zunächst eine Generaldiskussion einzutreten zu lassen, wird abgelehnt und sofort in die Beratung der einzelnen Paragraphen des neuen, von der Siebener-Kommission ausgearbeiteten Vertrags eingetretet. Derselbe wird schließlich nach mehrstündiger Debatte und mit geringen Änderungen einstimmig angenommen.

Eine lange und erregte Debatte entstand bei der Beratung des § 3 des Vertrags, der die verschiedenen Abstufungen über die zu zahlenden Löhne enthält. Hier getreten die Bauarbeiter mit den Maurern scharf aneinander. Das Resultat der gepflogenen Verhandlungen sah in folgende Resolution zusammen, die einstimmig angenommen wurde:

In der Erwägung, daß die Existenzverhältnisse der baugewerblichen Arbeiter trotz der Stabilität der bisherigen Arbeitsbedingungen eine rapide Verschlechterung erfahren haben und durch die Annahme der Handelsverträge noch weiter erfahren werden, beschließt die Versammlung:

Die von den einzelnen Berufsorganisationen zu wählende Siebener-Kommission hat danach zu streben, daß in den Verhandlungen mit der Siebener-Kommission des Arbeitgeberverbandes die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und der 65 bzw. 45 Pfennig-Stundenlohn zur Grundlage der Verhandlungen dient.

Die übrigen Paragraphen werden meist ohne Debatte in der vorliegenden Fassung genehmigt. Zum Schluß der Beratung gelangte noch folgende Resolution zur Annahme:

Seit einer Reihe von Jahren ist im Baugewerbe Magdeburgs ein fortdauernd friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bestehen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben in ihrer Stabilität das ganze Gewerbe Segen spendend beeinflusst.

Der Arbeitgeberverband des Baugewerbes, vertreten durch die Mitglieder der Siebener-Kommission, und die Siebener-Kommission der Arbeitnehmer haben in anerkennenswerter Weise dazu beigetragen, daß etwaige aus dem Arbeitsverhältnis entstehende Differenzen in glücklicher Weise geschlichtet wurden. Die Verbände der Arbeitnehmer (Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter), obgleich offiziell ausgeschaltet, haben aber ihrerseits den Siebener-Kommissionen erst die Möglichkeit geboten, den Frieden zu sichern, indem sie die Beschlässe zu den ihrigen machten.

Eine jahrelange Erfahrung hat also gezeigt, daß die beiderseitigen Organisationen sich als gleichwertige Kontrahenten gegenüberstanden. Darauf Bezug nehmend beschließt die heute am 7. Februar im „Luisenpark“ tagende Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, die Wahl der Siebener-Kommission den einzelnen Organisationen zu überlassen und beauftragt deshalb die Organisationsleitungen, dazu Stellung zu nehmen und die Wahl der Vertreter zu beantragen. An der Vereinfachung der Vertreter auf die einzelnen Berufe soll nichts geändert werden.

Nachdem der Vorsitzende Schlegel aufgeführt, für die strikte Durchführung der im Vertrag enthaltenen Bestimmungen zu sorgen, wurde die imposante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die drei koalitierten Organisationen um 9 1/2 Uhr geschlossen.

**Die sich von Arbeitergroßen mäffenden Führer der Arbeiterbewegung spielen noch immer eine große Rolle in den Spalten der bürgerlichen Blätter in unserm Verbreitungsbezirk. Diesen sei folgende Notiz der „Hilfe“ zur Beachtung empfohlen:**

Zu den unausstößbaren Verleumdungen der deutschen Arbeiterbewegung gehört auch die von den „alten Gefährten“, mit denen sich die Führer „mäffen“. Demgegenüber muß immer wieder auf die einzelnen Tatsachen verwiesen werden, die solche Verleumdungen gründlich widerlegen. In Essen wird ein zweiter Sekretär des dortigen Arbeitersekretariats gesucht, der gleichzeitig die Geschäfte des Gewerkschaftssekretärs mit erledigen soll. Verlangt wird sozialpolitische und gewerkschaftliche Erfahrung sowie rednerische Befähigung, bevorzugt wird flinker Stenograph. Man wird zugeben müssen, daß diese Anforderungen ziemlich weitgehend sind. Und was wird an Gehalt versprochen? Ganze 1800 Mark! Wer will solchen Tatsachen gegenüber, die sich mit Leichtigkeit dughenweis vermehren lassen, noch an das Scharfmachermärchen glauben, daß die Arbeitergroßen nur zur Schaffung von Sinecuren benützt würden.

Die Verbreiter dieser Verleumdungen glauben ja wahrscheinlich selbst nicht an das Scharfmachermärchen. Aber der Zweck heiligt auch bei ihnen das Mittel.

**Wie sich ein mit Ausweisung Bedrohter Obdach verschafft.** Auf der Wetterbank im Schöpfungsbau sitzt ein hochgewachsener stattlicher Mann zwischen den von Wasser und Glend gekennzeichneten Gestalten. Finster trotzigt geht er zur Anlagebau und gibt an, daß er der Stukfatur Vorsteher, eigentlich wohl V. Dorf sei, denn seine Mutter sei ein Fr. v. Dorf aus Dresden gewesen, eine vornehme Dame, sein Vater? Wohl auch jemand aus jenen Kreisen. Das Strafregister des Sohnes enthält viele Nummern, alles Bergehen gegen die öffentliche Ordnung, darunter sechs Majestätsbeleidigungen. Gestern hatte er sich wegen Sachbeschädigung zu verantworten. Er war nämlich arbeitslos geworden und begab sich in die Arbeiterkolonie, wo er auch aufgenommen wurde. Nachdem er eine Zeitlang dort gearbeitet hatte, wurde er vor die Polizei gefordert und ihm angedeutet, wenn er sich nicht bald andre Arbeit und andres Obdach verschaffe, werde er ausgewiesen. V. fühlte sich dadurch gereizt und wie er heute meinte, dachte er: „Na wartet nur, ich werde Euch den Willen tun und mit andres Obdach verschaffen.“ Er bog um die Ecke in den Breitenweg und schlug sofort bei Selmar Dessauer die große Spiegelscheibe ein. Die Folge war, daß das Gericht B. zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte.

**Ein Logischschwindler.** Am 2. d. M. hat ein unbekannter Mann bei einer Witwe in der GutsMuths-Strasse unter der Angabe, er sei der Rechtspraktikant Leichmann und von Berlin hierher verlegt, ein möbliertes Zimmer gemietet. Am andern Morgen hat er beim Verlassen der Wohnung angegeben, daß er seine Sachen, die an dem Tage eintreffen würden und einen größeren Wert repräsentierten, gegen Feuergefahr versichern wolle. Er hat die Witwe gebeten, etwaige Beträge, die während seiner Abwesenheit von der Versicherungsgesellschaft eingezogen werden sollten, auszuliefern. Nach einer Stunde etwa ist dann auch jemand mit einer Dultung über 270 Mark gekommen. Dieser Betrag ist von der Witwe gezahlt worden. Der angebliche Leichmann hat sich nicht wieder sehen lassen. Er ist etwa 25 Jahre alt, 1,68 Meter groß und von schlanker Gestalt, hat dunkles Haar, kleinen dunklen Schnurrbart und längliches, blaßes Gesicht. Er war mit schwarzem feinen Hut, reißbarigem Ueberzieher mit braunem Samitragen, schwarzem Rockanhang, Schminke und blau- und rotgefärbtem Fragenschoner bekleidet.

**Ein Logischschwindler.** Am 2. d. M. hat ein unbekannter Mann bei einer Witwe in der GutsMuths-Strasse unter der Angabe, er sei der Rechtspraktikant Leichmann und von Berlin hierher verlegt, ein möbliertes Zimmer gemietet. Am andern Morgen hat er beim Verlassen der Wohnung angegeben, daß er seine Sachen, die an dem Tage eintreffen würden und einen größeren Wert repräsentierten, gegen Feuergefahr versichern wolle. Er hat die Witwe gebeten, etwaige Beträge, die während seiner Abwesenheit von der Versicherungsgesellschaft eingezogen werden sollten, auszuliefern. Nach einer Stunde etwa ist dann auch jemand mit einer Dultung über 270 Mark gekommen. Dieser Betrag ist von der Witwe gezahlt worden. Der angebliche Leichmann hat sich nicht wieder sehen lassen. Er ist etwa 25 Jahre alt, 1,68 Meter groß und von schlanker Gestalt, hat dunkles Haar, kleinen dunklen Schnurrbart und längliches, blaßes Gesicht. Er war mit schwarzem feinen Hut, reißbarigem Ueberzieher mit braunem Samitragen, schwarzem Rockanhang, Schminke und blau- und rotgefärbtem Fragenschoner bekleidet.

**Ein Logischschwindler.** Am 2. d. M. hat ein unbekannter Mann bei einer Witwe in der GutsMuths-Strasse unter der Angabe, er sei der Rechtspraktikant Leichmann und von Berlin hierher verlegt, ein möbliertes Zimmer gemietet. Am andern Morgen hat er beim Verlassen der Wohnung angegeben, daß er seine Sachen, die an dem Tage eintreffen würden und einen größeren Wert repräsentierten, gegen Feuergefahr versichern wolle. Er hat die Witwe gebeten, etwaige Beträge, die während seiner Abwesenheit von der Versicherungsgesellschaft eingezogen werden sollten, auszuliefern. Nach einer Stunde etwa ist dann auch jemand mit einer Dultung über 270 Mark gekommen. Dieser Betrag ist von der Witwe gezahlt worden. Der angebliche Leichmann hat sich nicht wieder sehen lassen. Er ist etwa 25 Jahre alt, 1,68 Meter groß und von schlanker Gestalt, hat dunkles Haar, kleinen dunklen Schnurrbart und längliches, blaßes Gesicht. Er war mit schwarzem feinen Hut, reißbarigem Ueberzieher mit braunem Samitragen, schwarzem Rockanhang, Schminke und blau- und rotgefärbtem Fragenschoner bekleidet.

**Ein Logischschwindler.** Am 2. d. M. hat ein unbekannter Mann bei einer Witwe in der GutsMuths-Strasse unter der Angabe, er sei der Rechtspraktikant Leichmann und von Berlin hierher verlegt, ein möbliertes Zimmer gemietet. Am andern Morgen hat er beim Verlassen der Wohnung angegeben, daß er seine Sachen, die an dem Tage eintreffen würden und einen größeren Wert repräsentierten, gegen Feuergefahr versichern wolle. Er hat die Witwe gebeten, etwaige Beträge, die während seiner Abwesenheit von der Versicherungsgesellschaft eingezogen werden sollten, auszuliefern. Nach einer Stunde etwa ist dann auch jemand mit einer Dultung über 270 Mark gekommen. Dieser Betrag ist von der Witwe gezahlt worden. Der angebliche Leichmann hat sich nicht wieder sehen lassen. Er ist etwa 25 Jahre alt, 1,68 Meter groß und von schlanker Gestalt, hat dunkles Haar, kleinen dunklen Schnurrbart und längliches, blaßes Gesicht. Er war mit schwarzem feinen Hut, reißbarigem Ueberzieher mit braunem Samitragen, schwarzem Rockanhang, Schminke und blau- und rotgefärbtem Fragenschoner bekleidet.

**Hochwasser.** Die Elbfloßbauverwaltung macht bekannt: Nach Mitteilung der hydrographischen Landesanstalt der Staatshalerei zu Prag ist bei normalem Verlaufe des Eisgangs für Donnerstag den 9. d. M. ein Hochwasserstand von 3.20 Meter am Pegel zu Torgau zu erwarten.

Gleichzeitig werden aus dem Gebiet der Mulde und Saale Umschwelligungen von mäßiger Höhe gemeldet. Bei ungehindertem Abgang des böhmischen Eises kann auf folgende Höchststände gerechnet werden:

Mühlberg	+ 3.70 m	Hämerten	+ 2.00 m
Maulen	+ 3.50 "	Sandau	+ 3.70 "
Wittenberg	+ 3.55 "	Wittenberge	+ 3.30 "
Alten	+ 3.45 "	Lenzen	+ 3.45 "
Kößlau	+ 3.30 "	Braba	+ 2.65 "
Barby	+ 3.75 "	Damhag	+ 2.85 "
Schönebeck	+ 3.85 "	Darchau	+ 2.45 "
Magdeburg	+ 3.25 "	Hohnhorst	+ 2.60 "
Tangermünde	+ 3.80 "		

**Mord und Selbstmord.** Am Mittwoch vormittag gegen 1/10 Uhr erschoss der Arbeiter Schulz im Hause Breitenweg 250 seine Braut und dann sich selbst. Während der Mann den Tod davontreibt, blieb seine Braut am Leben. Sie wurde in die Krankenanstalt Sudenburg überführt, während die Leiche des Selbstmörders in die Leichenhalle des allstädtischen Krankenhauses gebracht wurde. Die Motive zu der Tat sind noch unbekannt.

**Selbstmordversuch.** Gestern abend versuchte ein Mann, angeblich Albert Pag aus Brandenburg, in der Schnebeckstraße in Budau sich durch zwei Revolverkugeln in den Kopf zu entleeren. Er wurde von der Sanitätswache Budau verbunden und durch die Feuerwehr im Krankenhaus Sudenburg eingeliefert.

**Verbrüht.** Der Arbeiter Ludwig Fuhs aus Budau fiel gestern vormittag in der Eisenbahnhauptwerkstatt Budau in einen größeren mit kochendem Wasser gefüllten Behälter, wobei er sich den ganzen Oberkörper verbrannte. Der Verunglückte wurde mittels Krankentransport nach dem Sudenburger Krankenhaus gebracht.

**Gemeinnützige kostenfreie Unterrichtskurse** für jeden Vorwärtstretenden zur Erlernung der englischen und französischen Umgangssprache sowie doppelte und einfache Buchführung, Handelskorrespondenz, Rechnen, Wechsellehre und Stenographie beghnen in der Berliner Handels-Akademie. Auswärtige erhalten den Unterricht nach genauer Anleitung schriftlich. Kostenlose Ueberwachung aller Arbeiten durch erstklassige Fachlehrer. Porto für Korrektur sowie die zum Unterricht nötigen Materialien, welche nur geringe Kosten verursachen, sind die einzigen Ausgaben. Meldungen mit beigefügtem Rückporto nimmt die Direktion der Berliner Handels-Akademie entgegen.

**Pricknitz-Kneipp!** Die Verschmelzung des „Magdeburger Naturheilvereins Pricknitz“ mit dem hiesigen „Kneipp-Verein“ ist in der am Montag stattgefundenen Generalversammlung des Magdeburger Naturheilvereins Pricknitz zur Tatsache geworden, nachdem bereits in voriger Woche eine Generalversammlung des „Kneipp-Vereins“ sich mit dieser Frage beschäftigt und die Vereinigung mit dem „Pricknitzverein“ befürwortet hatte. Gleichzeitig wurde beschlossen, zur Ehrung der beiden Begründer, der Naturheilbewegung sowohl als der Kneippbewegung, Vinzenz Pricknitz und Parzer Kneipp, von jetzt an den Namen „Naturheilverein Pricknitz-Kneipp“ zu führen. Der Verein kann nunmehr mit fast 500 Mitgliedern seine ersprieglische Tätigkeit auf dem Gebiete der Gesundheitspflege weiter führen. Es sei noch darauf hingewiesen, daß im vorgenannten Verein am Donnerstag den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Richardischen Saale, Apfelstraße, ein Vortrag des 2. Bundesvorsitzenden E. Köhler-Berlin stattfindet über das Thema „Ist das Diphtherie-Serum ein Heilmittel?“

## Letzte Nachrichten.

### Der Kampf im Ruhrrevier.

(Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.)

**Ein neue Schanernär,** die von der „Ahein-Westf. Ztg.“ verbreitet wurde, wird heute von unserm Dortmund-Parteiorgan entlarvt. Das Scharfmachermärchen hat berichtet, daß in dem Orte Niedermarten Mitglieder der Streikkommission Fenster eingeworfen hätten und arretiert worden seien. Es hat sich nun herausgestellt, daß ein einzelnes Mitglied der Streikkommission mit Sand an die Fenster seiner eignen Wohnung geworfen hatte, um — seine Frau zu wecken, die ihn ins Haus hineinlassen sollte. Aus Anlaß dieses Vorfalls ist umgehender Farn von den Scharfmachern geschlagen worden.

Demgegenüber wird jetzt wieder von einer Unzahl der Streikbrecher berichtet. In der Nähe der Freie „Viktor“ fielen gestern abend Streikbrecher eine Reihe Streikender an und schloffen auf sie mit Revolvern.

Die Streikenden warten sich in einem mit Wasser gefüllten Graben und suchen (Schüsse) ihren Verletzungen zu entgehen. Die Streikbrecher feuerten aber weiter. Dabei wurde ein Streikender getötet und ein anderer schwer verletzt. Neben diese Gewaltthaten der von den Unternehmern bewaffneten Arbeitswillingen verlor die Scharfmacherversuche kein Wort.

**Die Stimmung der Streikenden** ist bezeichnend, daß in dem Orte Castro allgemein die Entfernung des Streikbrechers aus den Schanernarten verlangt wurde, in denen die vorbelebende Antwort der Streikenden und das drückende Telegramm des Kanzlers abgedruckt waren.

Morgen findet in Essen die entscheidende Konferenz für das ganze Revier statt, in welcher über die Fortführung des Streiks beschlossen werden soll.

**Hd. Brüssel, 8. Februar.** Der Zustand der belgischen Bergarbeiter hat gestern, wie sich jetzt übersehen läßt, eine beträchtliche Ausdehnung genommen. Die Zahl der Streikenden dürfte mit 55 000 eher zu niedrig gegriffen sein. In zwei bis drei Tagen wird die Zahl der Streikenden voraussichtlich auf 80 000 angewachsen sein.

**Hd. Kattowik, 8. Februar.** In einer Bergarbeiter-Versammlung ziele die Arbeiterführer von einer weiteren Ausdehnung des Streiks ab. Man beschloß Forderungen zu stellen.

### Die russische Revolution.

**Hd. Warschau, 8. Februar.** Die Situation ist andauernd bedrohlich. Fortwährend kommt es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Militär. Auf beiden Seiten gab es gestern zahlreiche Tote und Verwundete. Dem schwer erkrankten Generalgouverneur wurde gestern der rechte Fuß amputiert.

**Hd. Petersburg, 8. Februar.** Ein Teil der Arbeiter der Kulkwerke ist neuerdings in den Ausstand getreten. Die Streikenden suchen ihre noch arbeitenden Genossen zu bewegen, sich mit ihnen solidarisch zu erklären.

**Hd. Kattowik, 8. Februar.** Nach dem Bombenverbrechen sind 6000 Soldaten zusammengezogen. Die Regierung, die dort bisher ohnmächtig als die riefigen Demonstrationen buldete, will nun ein Blutbad anrichten und hat heute proklamiert, daß auf Aufsammlung von drei Personen ohne weiteres geschossen wird. Der große Belagerungszustand ist verkündet. Die Verwaltung ist von der Militärgewalt übernommen worden. Die Situation ist außerordentlich gespannt.

**Hd. Warschau, 8. Februar.** Gestern kam von Sosnowice eine Anzahl deutscher Arbeiterbeamten mit ihren Familien an.

**Hd. Wien, 8. Februar.** Der österreichische Lloyd gibt bekannt, daß wegen des Ausbruchs des Streiks in Batum und wegen der Unmöglichkeit, Waren zu liefern, bis auf weiteres die Schiffe der Gesellschaft den Hafen nicht anlaufen würden.

**Hd. Petersburg, 8. Februar.** Kurapatkin hat Befehl erteilt, allen Frauen und Kindern, die Wladivostok verlassen wollen, freie Fahrt bis zum Baltischen zu gewähren. Die Professoren und Studenten des Orientalischen Instituts in Wladivostok sowie die Lehrer und Schüler des dortigen Gymnasiums haben bereits die Stadt verlassen.

**Hd. Budapest, 8. Februar.** Von mehr als 200 Abgeordneten wurde einstimmig beschlossen, daß eine aus Oppositionellen bestehende Regierung berufen werde. Kostlich erklärte dabei: seiner Information werde die Durchführung der wirtschaftlichen Trennung von Oesterreich auf weniger Schwierigkeiten stehen als die Schaffung einer nationalungarischen Armee. Die Abgeordneten beschloffen, auf der Posttrennung Ungarns von Oesterreich unter allen Umständen zu beharren und den Großen Goltuchowski in Anklagezustand zu versetzen, weil er entgegen dem Wortlaut des ungarischen Gesetzes Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland eingeleitet habe, ohne daß der wirtschaftliche Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn perfekt war.

### Quittung über Beiträge für die streikenden Bergarbeiter.

Am 7. Februar gingen im Gewerkschaftssekretariat folgende Beiträge ein: Deutscher Holzarbeiter-Verband (5. Rate) 53,70 (darunter: 3. 267 (Wertstatt Krüger) 3,10; 2. 1048 (Wertstatt Berger) 7,40; 1. 255 16,45; 2. 260 19,25; Sägewerk Friedrich 7,50). — D. Höfcherleben 10,00. — Extraktanz und Tellerzahlung im Dreifachverband 8,20. — Extraktanz a. d. Maschinenbau d. Metallvereins „Auro“ in Budau 13,10. — Kreis-Budau (2. Rate) 3,50. — Sibele Gesellschaft im Restaurant Jahrentamp 1,00. — Verband der Arbeiter u. Ladierer, Hauptstelle Magdeburg (4. Rate, auf Liffen) 37,00. — Städt. Arbeiter, Wertstatt der Gas- u. Wasserwerke (2. Rate) 6,00. — Ueberreicht vom Gewerkschaftssekretariat in Cracau 59,55. — Deutscher Metallarbeiter-Verband (1. Rate) 373,50 (darunter: „Du kennst den Berg nicht“ 1,40; Metallverein „Althürta“ in... 2,35; Männerverein Sudenbudeleben durch 2. 25,00; „Aufgabe Sieben“ 1,50; „L...“ 2,45; bei Pfiffig 0,20; W. Strube (inkl. Grober Gottlieb) 2. 651 8,80; Grwf. 1. 779 15,80, 2. 954 20,95, 3. 982 33,35, 4. 963 (inkl. Statl... Grüne Sieben“ in Lemsdorf) 24,85; Otto Grunow 1. 943 22,20; 2. 1109 18,00, extra 1,00; 3. 1114 13,50, 4. 1115 21,30, 5. 1116 17,20). — Putzmacher Magdeburgs 5,50. — Verband der Schneider (4. Rate) 36,00 (darunter auf Liffen 11,00). — Richter u. Langpapp in April (Pricknitz) 5,00. — Extraktanz der Arbeiter in Fernerleben 6,50. — Verband der Schuhmacher, Hauptstelle (2. Rate, auf Liffen) 55,90 (darunter: 1. 1005 15,15; 2. 375 14,70; 3. 373 4,50; 4. 372 3,75; 5. 370 16,65; 6. 368 4,20). — Durch Friebe (2. Rate) 3,60. — Verband der Bäder (2. Rate, auf Liffen) 47,80 (darunter vom Genossen W. Sch. 5,00). — Turnverein „Freiheit“, Niederbudeleben 5,00. — „Schäfskopf“ in Schnarleben 1,00. — Verband der Schiffszimmerer (3. Rate, auf Liffen) 8,65. — Zentralverband der Zimmerer, Hauptstelle Dönsfeldt (2. Rate) 20,00. — Zentralverband der Brauerei-Arbeiter (2. Rate) 6,20. — Grabeure u. Zifelleure (2. Rate) 3,30. — Verband der Töpfer (2. Rate) 15,25. — Fr. B. (3. Rate) 5,00. — Arbeiter-Turnverein Neue Reustadt 20,00. — Hochzeit in Budau 2,00. — „Damit es mehr wird!“ (2. Rate) 6,00. — Verband der Handlungsgehilfen und -Gehtinnen (2. Rate, 2. Rate) 6,45. — Sparverein Budau (2. Rate) 15,00. — Tabakarbeiter-Verband 22,75 (darunter: 1. 604 7,05 und auf die eigene 1. 11, 13 u. 15 15,70). — Verband der Sattler (2. Rate) 19,60. — Verband der Schuhmacher, Reustadt (3. Rate) 69,65 (darunter: 1. 1097 10,25; 2. 1093 9,05; 3. 1083 3,60; 4. 381 2,30; 5. 1098 6,55; 6. 1096 20,65; 7. 1097 17,25). — Glauer u. Co., Schraubenfabrik, Sudenburg (auf eigener Liffen) 11,25. — Turnverein „Vorwärts“, Abt. Sudenburg 10,00. — Metallarbeiter-Verband (12. Rate) 339,13 (darunter: Bektorne Wurf, H. Lorenz 1,50; vor: 2. durch 11. 0,50; Gebirgsst. H. An. 1,10; Abgeleitete Prozente durch Feige 0,67; Frauen-Sparverein Budau 6,00; Bergwerksverf. Budau 10,00; „Troch, aldem!“ 1. 863 (B.) 21,00; 2. 892 8,45; Otto Grunow 1. 997 24,10; 2. 887 20,96, 3. 1119 (sander u. Biffig) 21,60, 4. 1120 29,20, 5. 1121 23,00, 6. 1122 34,70, 7. 1123 18,20; Grwf. 1. 952 25,90, 2. 957 35,80, 3. 958 36,95, 4. 1131 (Stahlgießerei) 19,50). — Zusammen 1317,08. Bereits quittiert 14 430,76, ergibt insgesamt 15 747,86 Mark.

**Stachfurt.** Rote Stiefelrinder 8,51; gemammelt auf dem Volksfest in Stachfurt 20,40 Mark.

Neu eröffnet Tuchhandlung Neu eröffnet

# Ernst Ifland

Magdeburg, Kronprinzenstrasse 3  
1 Minute vom Hauptbahnhof - Fernsprecher 4318

Grosses Lager in Herrenstoffen aller Art  
sowie Futterartikel  
Spezialität: Cheviots und Kammgarnstoffe  
Frühjahrs-Neuheiten

2313

Waschen Sie schon  
mit  
kluges  
Seifensalmiak?

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die  
Inserate in heutiger Nummer! . . .

# Albert Gottschalk

Inhaber: J. Fliess

Magdeb.-Buckau, Schönebeckerstr. 107

Strassenbahn-Haltestelle Thiemstrasse

Die 2371

## Neueröffnung meines Geschäftshauses

findet

Donnerstag den 9. Februar  
nachmittags 5 Uhr

statt

1. Abteilung

Mod. Kleiderstoffe

2. Abteilung

Wohlfeile Kleiderstoffe  
zu Hauskleidern

3. Abteilung

Elegante Ballkleiderstoffe  
und Seidenwaren

4. Abteilung

Sämtliche Sorten  
Baumwollwaren

5. Abteilung

Riesige Auswahl  
in Ausstattungs-  
Gegenständen

6. Abteilung

Fertige Damenwäsche  
Anfertigung ganzer  
Ausstattungen

7. Abteilung

Herrenwäsche  
Krawatten  
Hosenträger

8. Abteilung

Sämtliche Artikel  
für die  
Damenschneiderei

9. Abteilung

Grösste Auswahl in Gar-  
dinen, Spitzen, Stores u.  
Rouleautoffen

10. Abteilung

Läuferstoffe, Teppiche  
Tischdecken  
Uebergardinen

11. Abteilung

Schürzen - Futterstoffe  
Korsetts

12. Abteilung

Handschuhe, Strümpfe  
Wolle und Garn

13. Abteilung

Schirme, Echarpes  
Tücher

14. Abteilung

Normalwäsche  
aller Art

15. Abteilung

Bettfedern und Dunen  
Stegdecken

16. Abteilung

Kurzwaren, Posamenten, Passementieren etc. in unerreichter  
Auswahl!

Besonders vorteilhaftes Angebot für die Konfirmation

In allen angeführten Abteilungen halte ich riesig grosse Auswahl,  
führe durchweg nur gute, reelle Qualitäten und verkaufe zu  
streng festen, jedoch unerreicht billigen Preisen

Nachdruck verboten.

# Nur Abonnenten der Volksstimme

erhalten

## ein Porträt

oder ein Semi-Email-Schmuck

Um unsre rühmlichst bekannten Monopol-Porträts und Semi-  
Email-Schmuck in weiten Kreisen einzuführen, haben wir  
uns entschlossen, an die Vorgesagte dieser Annonce je

## ein fast lebensgrosses Porträt in Brustformat

oder eine Brosche, Krawattennadel, Manschettenknopf usw.,  
welche nach Photographie angefertigt werden, gegen  
Zahlung von nur 1 Mark zu liefern. (Jedenfalls  
weiterer Kaufzwang ausgeschlossen.) Für sprechende Negativ-  
keit sowie Haltbarkeit übernehmen wir jede Garantie.



Ges. geschätzt.

Zahlreiche Anerkennungen aus allen Gesellschaftskreisen.

U. a.: Nach einliegenden Photographien bitte 2 Vergrößerungen à 1 Mt.  
Sofortlich gelingen sie so gut, wie die das letzte Mal für mich an-  
gefertigten Bilder. Frau Marie von Benda.

Im Besitz der mir gelieferten Semi-Email-Brosche teile ich Ihnen  
mit, daß dieselbe zu meiner größten Zufriedenheit ausgefallen ist.  
Alfred Theilling, Polizeiwachmeister.

## Monopol-Porträt-Gesellschaft m. b. H.

größtes und leistungsfähigstes Porträt-Institut in ganz Deutschland

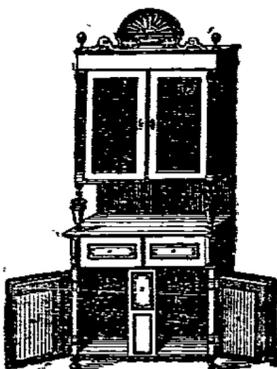
Magdeburg, Breiteweg 254 Nähe  
Pappelbachplatz.

Das Atelier ist wochentags von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, Sonntags  
von 10-5 Uhr geöffnet. Aufträge per Post können nicht berücksichtigt werden und  
werden solche nur persönlich in unserm Atelier entgegengenommen. 2379

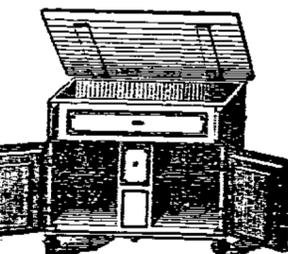
Schönstes Andenken und Zimmerschmuck.

Gültig nur für den Monat Februar.

Ausführlich u. Photographie mitbringen.



D. R. G. M. 236 161.



D. R. G. M. 236 162.

Anrichte und Küchenschrank  
mit eingebautem Eisschrank.  
Unentbehrlich in jedem Haushalt,  
empfehlend und hält Lager. Auch  
werden gebrauchte Anrichten wie  
Küchenschränke nach obigem System  
umgearbeitet. Beide Systeme er-  
zeugen den früher viel teureren Eis-  
schrank. 2112

A. Scharioth  
Knochenhauerstr. 62.

Für Restaurateure in allen Größen.  
Wiederverkäufer hohen Rabatt.  
Neu! Neu!

## Leihhaus

gegr. 1881 2082

Apfelstr. 16, 1  
Adolph Michaelis.

Höchste Beleihung  
jeder Wertsache.

## Billigste Uhren- Reparatur-Werkstatt

Zaichmeyer-Feder oder 3386  
Reiniger . . . 75 Pf.  
Uhrzylinder . . . 175 Pf.  
Uhrgläser . . . 20-50 Pf.  
Billigster Reparat. aller Arten Uhren  
mit 5 Prozent Rabatt.

Baendel, Jakobstr. 40.



## Neu! Der A.B.C.-Brenner für Petroleum-Glühlicht

kostet nur Mk. 4.50

komplett mit Glühstrumpf, Zylinder u. Docht  
Brennt wie Gasglühlicht und verbraucht  
dabei nur ca. 1 Pfennig Petroleum per  
Stunde. Kein Schneiden, kein Schrau-  
ben des Dochtes. Ist überhaupt so ein-  
fach, dass er von einem Kinde bedient  
werden kann, daher der Name A.B.C.  
Passt für jede vorhandene 10" und 14"  
Lampe und mittels Zwischenring auch  
auf jedes andre Bassin.

Niederlagen in Magdeburg:

Carl Schraun, Breiteweg 30  
Albert Engler, Prälattenstrasse 33  
A. L. Stegmann Nachf., Altemarkt 10  
Max Haecke, Georgenstrasse 11 u.  
Kronprinzenstrasse 4 (im Central-  
Hotel) M102

Fabrikanten und Patentinhaber:

Herm. Hurwitz & Co.

Berlin C., Stralauerstrasse No. 56.

Nach Orten, wo keine Niederlage,  
senden die Fabrikanten den Brenner  
zur freien Probe franko ohne  
Nachnahme.

## Kummers Kuchen

wurden wiederum innerhalb eines halben Jahres zum zweiten  
Male mit der

Goldenen Medaille  
prämiert.

## Unifonst

3 Pfund feinsten Spargel

erhält jede Hausfrau, welche ihrem Lieferanten 100 Bous  
abgibt von:

Kummers fertiger Kuchenmasse

400 Gr. 45 Pf., 600 Gr. 65 Pf.

Kummers Puddingpulver (15 Pf.)

oder die gelben Eiten von

Kummers Backpulver (10 Pf.)

Kummers Vanillinzucker (10 Pf.)

Die Qualitäten sind unerreicht.

Zu haben in jedem besseren

Kolonial-, Delikatesswaren- und Drogegeschäft.

Centralvertreter: Hermann Kampf, Magdeburg.

## Kaufe Kanarienhähne.

Bezahle die höchsten  
Preise. Für Weibchen  
bezahle 80 Pf.

J. Tischler

Annastr. 25. 3358

Schweine zum Weiterfüttern zu  
beizuhlen Sable, Kriebhoffstr. 1.

Fahrrad- und Nähmaschinen-  
Reparaturen werden prompt und  
billig ausgeführt.  
Fahrrad-Reparaturwerkstatt  
Eudenburg, Halberstädterstr. 122aa  
Brennecke. 2180

Stühle werden geflochten bei  
Frau Lamm, Mittagstr. 21.

Singer-Nähmaschine, tadellos  
gut nähend, für 12 Mk. 3. vert.  
Tischlerbrücke 10, S. I. dt. 2261